

# Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen  
der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36  
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Morikplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 50 Pf.

## Die langfristigen Schulden der Gemeinden

**D**or kurzem sind die Ergebnisse zweier Erhebungen veröffentlicht worden, welche die kommunale Verschuldung zum Gegenstand hatten. Zuerst hat im Rahmen der Reichsfinanzstatistik das Statistische Reichsamte eine Untersuchung über den Stand der Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände durchgeführt und dann hat der Deutsche Städtetag die Veranlassung zu einer Erhebung über die Schulden der deutschen Großstädte gegeben. Die beiden Statistiken bieten leider keine Vergleichsmöglichkeit, weil sie in ihrem Aufbau verschieden sind. Die amtliche Statistik hat ihre Untersuchung auf sämtliche Gemeinden und auf die kommunalen Körperschaften höherer Ordnung (Kreise, Provinzen usw.) ausgedehnt, während sich die Erhebung des Städtetages nur auf die Städte über 25 000 Einwohner beschränkt. Die Reichsstatistik untersucht hauptsächlich die Neuverschuldung der Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern und läßt die Anleihen der städtischen gewerblichen Betriebe und die Schulden der Hansestädte unberücksichtigt. Die Statistik des Städtetages beschränkt sich auf die Schulden der Städte, berücksichtigt aber dabei die sogenannten Werkanleihen. Trotz der Verschiedenheiten im Aufbau geben die Ergebnisse der beiden Untersuchungen zusammen einen guten Ueberblick über die Entwicklung und den Stand des kommunalen Schuldenwesens seit der Festigung der Währung.

Wir wollen uns nun nicht auf die Wiedergabe der Zahlen beschränken, sondern ganz kurz ein Bild von der Entwicklung des öffentlichen Kredits geben:

In der Vergangenheit lassen sich drei große Epochen der öffentlichen Schulden unterscheiden. In der Zeit vor dem 18. Jahrhundert hatte der öffentliche Kredit einen mehr privatrechtlichen Charakter. Die Aufnahme von Schulden war eine persönliche Angelegenheit des Fürsten, eine Trennung der Ausgaben des Staates von denen des Landesherren fand nicht statt. Dieser Kredit kam in der Regel durch die Stellung von Sicherheiten wie Landbesitz, Juwelen und anderen Gegenständen von hohem Wert zustande. Diese Form der Stellung von Sicherheiten machte aber sehr früh schon einer anderen Platz. Bereits im 13. Jahrhundert sind es die Stadtstaaten in Norditalien, welche die Einkünfte des Staates zum Zwecke der Kreditaufnahme verpfänden. Die sich fortentwickelnde Steuerwirtschaft brachte es mit sich, daß im Laufe der Zeit bestimmte Steuern als Pfandobjekt für die Aufnahme von Darlehen benutz wurden. Allmählich verliert dann der öffentliche Kredit seinen privatrechtlichen Charakter und erhält eine staatsrechtliche Grundlage. Die kurzfristige Verschuldung der früheren Zeit verliert an Bedeutung und die zunehmende „Erkenntnis von der ewigen Dauer des Staates“ bringt es mit sich, daß die Tilgung der öffentlichen Schulden auf immer längere Zeiträume verteilt wird.

Jedoch erst im 19. Jahrhundert tritt eine grundlegende Wandlung in der Auffassung über die öffentlichen Schulden ein. In den meisten Verfassungen der Kulturstaaten erhält die öffentliche Schuldenverwaltung eine feste Grundlage. Die fortschreitende Entwicklung der Kreditwirtschaft innerhalb der Volkswirtschaft auf der einen Seite und die laufende Veröffentlichung der Staatsschulden sowie die Möglichkeit der Kontrolle des öffentlichen Schuldners durch die Parlamente andererseits bringen es mit sich, daß das Vertrauen zum Staatskredit wächst. Auch die steigende Rechtsicherheit im internationalen Geldverkehr beschleunigt die Ausdehnung des öffentlichen Kredits.

Das Wesen des kommunalen Kredits unterscheidet sich grundsätzlich nicht von dem des Staates. Die Unterschiede, die vorhanden sind, ergeben sich aus der Stellung der Gemeinden und Gemeindeverbände zum Staat. Die Veranlassung zur Aufnahme von Schulden ist bei den Gemeinden in der Regel keine andere wie beim Staate. Auch den Gemeinden ist es nicht immer möglich, die erforderlichen Ausgaben aus den regelmäßigen Einnahmen zu decken. Sie kommen nicht selten in die Lage, Ausgaben für außerordentliche Zwecke machen zu müssen, die oft so hoch sind, daß ihre Deckung aus laufenden Mitteln unmöglich ist. Ist die Ausgabe notwendig und verspricht die Neuanlage nützlich zu werden und steht der Geldaufwand nicht im umgekehrten Verhältnis zur Steuerkraft des Gemeinwesens, dann wird gegen diese Art der Schuldenaufnahme nichts einzuwenden sein. Hierher gehören z. B. die Ausgaben für die Erbauung von Krankenhäusern, Theatern, Rathäusern sowie die Anlage von Häfen, von Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken. Bedenklicher ist die Inanspruchnahme solcher Kredite für Schulhausbauten, für Kanalisation und Straßenbauten und dergl., die sich bei normaler Entwicklung periodisch wiederholen und deshalb aus laufenden Mitteln bestritten werden müßten. Man weist in seinem Buch „Die Schuldenwirtschaft der deutschen Städte“ darauf hin, daß es besser wäre, für diese Zwecke Rückstellungen zu machen, aus denen derartige Ausgaben bestritten werden können und von der Aufnahme von Schulden abzusehen.

Aus der eigenartigen Stellung des Staates zu den Kommunalkörpern erklärt es sich, daß den Gemeinden in bezug auf ihre Kreditwirtschaft Schranken gezogen und daß sie an besondere Vorschriften gebunden sind. In der Regel ist den Gemeinden die Aufnahme von Anleihen nicht ohne weiteres, sondern nur in Fällen zwingenden Bedarfs gestattet. Im modernen Verwaltungsrecht finden sich formelle und materielle Garantien dafür, daß durch die Anleihewirtschaft der Gemeinden weder das Interesse der Gemeinde selbst noch das der Allgemeinheit beeinträchtigt wird. Während der Kriegszeit und während der schwierigen Jahre in der Nach-

kriegszeit zwangen die Verhältnisse allerdings dazu, den Gemeinden größere Freiheit in bezug auf ihre Kreditgebarung einzuräumen.

Der Umfang der Verschuldung sämtlicher Stadt- und Landgemeinden betrug für das Jahr 1907: 6560,3 Mill. Mark. Davon entfielen auf

Einwohner	Millionen Mk.	Auf den Kopf der Bevölkerung in Mk.
Stadtgemeinden bis 25 000	670,6	146,39
mit 25 000 — 50 000	561,6	203,47
50 000 — 100 000	732,7	237,09
100 000 — 200 000	928,9	287,41
mit über 200 000	2 220,6	341,54
Davon auf Berlin . . . . .	429,0	210,29

Die Ursache für die verhältnismäßig hohe Anleihebelastung der Städte und vor allem der Großstädte ist auf die rasche Zunahme der Bevölkerungszahlen zurückzuführen. Hinzu kommt, daß etwa vom Jahre 1880 ab die vorhandenen Erwerbsbetriebe der Städte ausgebaut und neue ins Leben gerufen wurden. Weiter galt es Anlagen zu schaffen, die den steigenden Anforderungen der Bewohner nach Erhöhung der Kultur, der Gesundheit und der Behaglichkeit zu dienen bestimmt waren (Theater, Museen, Konzerthallen, Parkanlagen usw.). Diese Entwicklung wurde begünstigt durch den Aufschwung der Wirtschaft und durch das Aufblühen von Handel und Industrie. In der damaligen Zeit fanden die Stadtgemeinden keine Schwierigkeiten bei der Unterbringung ihrer Anlagen. Während des Krieges erfolgte eine vollständige Umgestaltung der Praxis des Schuldenwesens, die in der Nachkriegszeit fortgesetzt wurde und alle flüssigen Mittel der Volkswirtschaft mußten der Kriegführung zur Verfügung gestellt werden. Den Ländern und Gemeinden wurde es verboten, den Geldmarkt durch fundierte Schulden in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig wuchsen aber die Aufgaben der Gemeinden, die besonders in der Nachkriegszeit immer weniger aus den laufenden Einnahmen bestritten werden konnten. So mußten z. B. für die Herstellung von Wohnungsbauten große Mittel flüssig gemacht werden. Zu erwähnen sind die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge, für die Beschaffung von ausländischer Kohle und Lebensmitteln. Die Inflationszeit ist gekennzeichnet durch eine ständig wachsende Dorfschuldwirtschaft. Die benötigten Mittel konnten damals nur durch kurzfristige Geldaufnahme herbeigeschafft werden. Mittels dieser sogenannten Zwischenkredite wurde auch der außerordentliche Bedarf gedeckt, der normalerweise durch die hereinnahme von Anleihen hätte finanziert werden müssen. Nach der Stabilisierung der Währung besserten sich die Verhältnisse. Die fortgesetzten Anspannungen des inländischen Geldmarktes zwangen aber viele Gemeinden, ihren Geldbedarf auf ausländischen Kapitalmärkten zu decken. Aus reparationspolitischen Gründen ist in den letzten Jahren die Freizügigkeit der Gemeinden bei der Aufnahme von Auslandsanleihen erheblich eingeschränkt worden.

In der Vorkriegszeit wurden statistische Erhebungen über die Verschuldung der Städte in jährlicher Folge veranstaltet. In der Nachkriegszeit war eine Schuldenstatistik infolge der Inflation in Deutschland zunächst unmöglich. Auch später ergaben sich durch die im Gange befindliche Ablösung der Gemeindeanleihen weitere Schwierigkeiten. Erst im Januar 1928 hat sich der Vorstand des Deutschen Städtetages entschlossen, eine Schuldenstatistik der Städte aufzustellen, deren Ergebnisse inzwischen der Öffentlichkeit unterbreitet worden sind. Die Erhebung erstreckt sich auf die deutschen Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern ohne die Hansestädte. Es sind insgesamt 127 Städte mit einer Einwohnerzahl von 22,5 Millionen oder 36,1 v. H. der Gesamtbevölkerung erfaßt worden. Als Stichtag für die Statistik wurde der 31. März gewählt.

Die langfristige Anleiheverschuldung betrug zusammen 2012,2 Mill. Mark, von denen 614,7 Mill. Mark Auslands-

anleihen waren. Um die Unterschiede in den Kreditverhältnissen in den einzelnen Größenklassen aufzeigen zu können, wurden folgende Städtegruppen gebildet: Gruppe A: 23 Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern, Gruppe B: 21 Städte mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern, Gruppe C: 47 Städte mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern, Gruppe D: 106 Städte mit 25 000 bis 50 000 Einwohnern. Auf diese Städtegruppen verteilt sich die langfristige Anleiheverschuldung folgendermaßen:

	Auslandsanleihe	Inlandsanleihe	Zusammen	Pro Kopf
	in Millionen Mark			in Mark
Gruppe A	565,8	488,8	1 054,6	83,28
" B	223,7	51,0	274,7	95,87
" C	292,1	51,2	343,3	101,16
" D	315,9	23,7	339,6	94,56
Zusammen	1 397,5	614,7	2 012,2	89,38 durchschnittlich

Nach der Erhebung des Statistischen Reichsamtes betragen die Gesamtschulden der Gemeinden und Gemeindeverbände am 31. März 1928 5774,7 Millionen Reichsmark. In dieser Summe ist die strittige Altverschuldung, die infolge des schwebenden Aufwertungsverfahrens nicht feststeht und zwischen 80 und 220 Millionen RM. betragen kann, nicht enthalten. Von der Gesamtschuld stammen 1048,6 Mill. Reichsmark aus der Altverschuldung und 89,6 Mill. RM. sind Festwert- oder Valutaschulden. Der Rest von 4636,5 Mill. Reichsmark stellt die eigentliche Neuverschuldung dar. Diese Summe ist in den Jahren nach der Festigung der Währung hauptsächlich von 1924 bis 1927 auf dem deutschen Geld- und Kapitalmarkt aufgenommen worden. 541,5 Mill. RM. stammen von ausländischen Geldgebern. Die Inanspruchnahme der ausländischen Märkte für einen Teil des Geldbedarfs der Gemeinden bedeutet zwar eine Entlastung des deutschen Geldmarktes, auf der anderen Seite ist jedoch die Verzinsung und Tilgung der Auslandsanleihen mit einer fortdauernden Belastung der deutschen Zahlungsbilanz verbunden.

Die inländische Neuverschuldung beläuft sich danach auf 4095,0 Mill. RM., die sich nach Laufzeit und Schuldform folgendermaßen gliedern:

	Millionen Mark
Schatzanweisungen . . . . .	13,0
Wechselschulden . . . . .	101,0
Kontokorrentschulden . . . . .	316,0
Sonstige Schulden . . . . .	1094,6
Insgesamt mittel- und langfristige Schulden	1524,6
	Millionen Mark
Güterschuldverschreibungen . . . . .	381,1
Tilgungsdarlehen . . . . .	1739,4
Hypotheken . . . . .	449,9
Insgesamt langfristige Schulden	2570,4

Eine Aufgliederung der kommunalen Schulden nach Art und Größe des Schuldners bringt die Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes leider nicht. Auch die Statistik des Städtetages erstreckt sich in dieser Beziehung nur auf die Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern. Es ist also nicht möglich, einen Gesamtüberblick über die Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände innerhalb der verschiedenen Größenklassen zu erhalten. Es ist aber wohl anzunehmen, daß im Rahmen der Reichsfinanzstatistik später noch dahin gehende Angaben gemacht werden.

Die Statistik des Städtetages und besonders die des Statistischen Reichsamtes beschränken sich nicht auf Angaben über die Höhe der Schulden und ihrer Gliederung nach Schuldarten, sondern sie geben darüber hinaus umfangreiches statistisches Material über die Geldgeber der Gemeinden, über die Verzinsung und die Laufzeit der gemeindlichen Schulden und schließlich auch über die Art der Verwendung der Kredite.

# Ein Ausdruck gewerkschaftlicher Kraft



ur Grundsteinlegung für das neue Verwaltungsgebäude des Deutschen Verkehrsbundes und damit auch für den neuen Gesamtverband ist eine Urkunde am 19. September 1929 eingemauert, die gleichzeitig einen kurzen geschichtlichen Abriss des Verkehrsbundes darstellt und deshalb auch für unsere Leser besondere Bedeutung hat. Wir geben nachstehend den Wortlaut wieder: „Der Deutsche Verkehrsbund ist die freigewerkschaftliche Organisation der im Handel, Transport und Verkehr beschäftigten Arbeitnehmer. Er ist ein Glied der deutschen Arbeiterbewegung, die im Sinne der sozialistischen Ideen für den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse kämpft. Schwer war die Aufgabe, deren Lösung sich diese Organisation zum Ziel gesetzt hatte. Gehörten doch die Handels- und Transportarbeiter zu den am meisten entrechteten und geknechteten Arbeitnehmergruppen, die infolgedessen für den Organisationsgedanken zunächst schwer zu gewinnen waren. Bis in den Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts waren außer einigen Unterstützungsvereinen, wie die der Markthelfer zu Leipzig vom Jahre 1759 und der Ewerführer zu Hamburg vom Jahre 1805, Berufsvereine überhaupt nicht vorhanden. Auch spätere Organisationsbestrebungen führten zunächst nur zur Gründung von Geselligkeits- und Unterstützungsvereinen. Von letzteren sind besonders zu erwähnen: der Verein der Handlungsboten zu Hamburg, gegründet im Jahre 1873, der Verein Berliner Kutscher, gegründet im Jahre 1876, und der Verein Berliner Hausdiener, gegründet im Jahre 1883.

Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts begannen sich in den Lokalvereinen auch Gewerkschaftsbestrebungen bemerkbar zu machen. Es ist kein Zufall, daß diese Entwicklung mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes zusammenfiel, denn erst die Beseitigung der Bestimmungen dieses Gesetzes ermöglichte eine freiere Bewegung innerhalb der Arbeitervereinigungen.

Auch im Verein Berliner Hausdiener traten schon Mitte der achtziger Jahre derartige Tendenzen in die Erscheinung. Die Vertreter dieser modernen Anschauungen stießen jedoch auf den stärksten Widerstand bei der Mehrheit der Vereinsmitglieder; und so kam es im Jahre 1886 zur Spaltung. Die teils ausgeschlossenen, teils freiwillig ausgeschiedenen Mitglieder gründeten dann am 7. Juli 1886 den Unterstützungsbund der Hausdiener Berlins, auf dem die moderne Organisation der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter aufgebaut wurde.

In den Jahren 1890 bis 1896 gelang es, die inzwischen in den größeren Orten Deutschlands gegründeten Lokalvereine zur sogenannten Vertrauensmänner-Zentralisation zusammenzufassen. Aber erst 1896 konnte in Altenburg der Vorläufer des heutigen Deutschen Verkehrsbundes, der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, ins Leben gerufen werden. Diese Organisation hatte zunächst große Widerstände zu überwinden, weil ein Teil der damals bestehenden Lokalvereine es ablehnte, sich der Zentralorganisation anzuschließen. Die Entwicklung war deshalb in den ersten Jahren eine wenig befriedigende. Am Schluß des Jahres 1897 betrug die Mitgliederzahl 3474 und stieg auf 10540 am Schluß des Jahres 1899.

Die auf Grund des Vertrauensmänner-Systems zentralisierten Lokalvereine beschloßen auf ihrer Tagung vom 15. bis 17. April 1900 in Braunschweig, sich dem Zentralverband am 1. Juli 1900 anzuschließen. Im Mai desselben Jahres wurde dann die erste große Lohnbewegung, und zwar der Streik der Berliner Straßenbahner, von der Organisation erfolgreich durchgeführt. Von diesem Zeitpunkt ab datiert ein erfreulicher Aufstieg der Organisation. Die Mitgliederzahl steigerte sich von Jahr zu Jahr. Am Schluß des Jahres 1909 waren insgesamt 96623 Mitglieder vorhanden.

Am 1. Juli 1910 erfolgte der Zusammenschluß der Verbände der Hafnarbeiter und Seeleute mit dem Deutschen Transportarbeiter-Verband. Damit begann eine neue Entwicklungsperiode. Am Schluß des Jahres 1910 betrug die Mitgliederzahl der Organisation 152954, und bei Ausbruch des Weltkrieges, am 4. August 1914, waren rund 232000 Mitglieder vorhanden.

Während des Weltkrieges wurde die Organisation stark dezimiert. Die Mitgliederzahl ging auf 58507 im Jahre 1916 zurück. Nach dem Zusammenbruch des Obrigkeitsstaates infolge des verlorenen Weltkrieges setzte eine rapide Entwicklung der Organisation ein. Die Zahl der Mitglieder stieg von 191073 am Schluß des Jahres 1918 auf 520883 im Jahre 1919 und erreichte am Schluß des Jahres 1920 mit 578357 Mitgliedern den höchsten Stand. Die durch den Zusammenbruch Deutschlands im Weltkrie-

bedingten wirtschaftlichen Schwierigkeiten und politischen Differenzen und die in Verbindung damit einsetzenden kommunistischen Quertreibereien führten, wenn auch nur vorübergehend, dazu, das innere Gefüge der Gewerkschaften stark zu erschüttern und ihre Tätigkeit ungünstig zu beeinflussen. Die dann einsetzende Inflation in Verbindung mit den wirtschaftlichen Folgen der Rhein-Ruhr-Besetzung wirkten weiter lähmend auf die Organisationsentwicklung. Die Folge war Massenflucht der gewerkschaftlich nicht genügend geschulten Mitglieder aus den Organisationen. Aus diesen Umständen erklärt sich auch der starke Mitglieder-rückgang in unserer Organisation, der erst im Jahre 1924 zum Stillstand kam. Am Schluß dieses Jahres betrug die Mitgliederzahl 274275 und erreichte damit ihren tiefsten Stand nach dem Kriege. Mit der Stabilisierung unserer Währung besserten sich, wenn auch nur allmählich, die wirtschaftlichen Verhältnisse. Dies und der erfolgreiche Kampf gegen die kommunistischen Organisationszerstörer führte zur Gesundung der Organisationsverhältnisse. Die Folge war ein, wenn auch nur langsamer, so doch dauernder neuer Aufstieg der Organisation. Am Schluß des zweiten Quartals 1929 zählte der Deutsche Verkehrsbund rund 393000 Mitglieder.

Durch die stete Steigerung der Zahl ihrer Anhänger wird deutlich bewiesen, daß die Organisation sich stets als wirksame Interessenvertretung nicht nur für ihre Mitglieder, sondern für alle im Handel, Transport und Verkehr beschäftigten Arbeitnehmer bewährt hat. Groß sind die Erfolge, die sie im Laufe der Jahrzehnte auf sozialem, sozialpolitischem und wirtschaftlichem Gebiete in zähestem Kampfe, in zielsicherer, systematischer Arbeit errungen hat. Es ist der Organisation gelungen, den auf tiefster Stufe stehenden Massen der Berufskollegen ein menschenwürdiges Dasein zu sichern. Den kulturellen Aufstieg zu fördern, ist auch in der Zukunft ihre vornehmste Aufgabe.

Der Vorläufer des Deutschen Verkehrsbundes, der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, schlug nach seiner Weihnächten 1896 in Altenburg erfolgten Gründung sein erstes Büro am 1. Februar 1897 in der Heiligengeiststraße 15 zu Berlin auf dem Hinterhof in wenig angenehmer Nachbarschaft auf. Zwei Räume, von denen der eine nur mit einem Tisch und wenigen Stühlen möbliert war, dienten neben dem Aufenthalt für die arbeitslosen Kollegen auch unserem ersten Angestellten, dem unvergeßlichen Johannes Dreher, als Arbeitsstätte. Am 1. Juli 1898 erfolgte die Verlegung des Büros nach Bischofsstraße 13. Nach Errichtung des Berliner Gewerkschaftshauses wurde das Büro am 5. April 1900 nach dorthin verlegt. Bald jedoch erwiesen sich auch diese Räume als zu klein. Der Verbandsvorstand beschloß deshalb in seiner Sitzung vom 14. Juli 1903, außerhalb des Gewerkschaftshauses Büroräume zu mieten.

Bei der Suche nach geeigneten Räumen ergaben sich große Schwierigkeiten, da die damaligen Berliner Hausbesitzer es zum erheblichen Teile ablehnten, Gewerkschaften als Mieter aufzunehmen. Schließlich gelang es dem Verbandsvorstand, sich passende Räume im Hause Michaelkirchplatz 1 und Engelufer 31 zu sichern, die am 1. Oktober 1903 bezogen werden konnten.

Bereits damals tauchte der Plan auf, ein eigenes Haus zu erwerben. Die Durchführung scheiterte jedoch aus Mangel an Mitteln. Als sich im Jahre 1905 wiederum die Notwendigkeit der Erweiterung der Büroräume ergab und dieserhalb mit der Besitzerin des Hauses Michaelkirchplatz und Engelufer 31 verhandelt wurde, bot diese dem Verband das Haus zum Preise von 282000 Mark an. Die Mehrheit des damaligen Vorstandes lehnte jedoch zunächst den Kauf ab. Als sich nach wiederholten Verhandlungen doch eine Mehrheit fand, war das Haus zu dem genannten Preise bereits in andere Hände übergegangen.

Nun ruhte die Idee der Erwerbung eines eigenen Hauses zunächst. Sie tauchte erst im Jahre 1909 wieder auf. In diesem Jahre wurde einer Anregung des Verbandsvorstandes auf Schaffung eines Hausbaufonds von der Mehrheit der örtlichen Verwaltungen zugestimmt und gleichzeitig Mittel hierfür aus den Lokalkassen in der Gesamthöhe von 93135 Mark zur Verfügung gestellt. Inzwischen hatte auch der Münchener Verbandstag 1909 mit allen gegen vier Stimmen dem Erwerb eines eigenen Hauses zugestimmt. Vor dem Zusammenschluß mit den Verbänden der Hafnarbeiter und Seeleute wurde die Einführung fester Hausbaufondsbeiträge beschloßen. Insgesamt ist für diesen Zweck bis zum 31. Dez. 1928 die Summe von 1314546,52 Mk. aufgebracht worden.

In den Jahren 1911 und 1912 sind dann die Grundstücke Engelufer 28, 29, 30, 31 und Michaelkirchplatz 1 und 2 käuflich erworben worden. Bereits damals ist im Auftrage des Vorstandes ein Bauprojekt von dem während des Krieges verstorbenen Architekten Alexander Weiß ausgearbeitet worden. Die Durchführung dieses Projektes mußte infolge Ausbruch des Krieges unterbleiben. Erst im Jahre 1926 wurde die Frage der Errichtung eines Verwaltungsgebäudes erneut erwogen und die Berliner Architekten Bruno Taut und Hoffmann mit der Ausarbeitung eines neuen Projektes beauftragt. Um die zur Verfügung stehende Grundfläche baulich möglichst günstig auszunutzen zu können, erwies sich der Ankauf des Hauses Michaelkirchplatz 4 als zweckmäßig. Der Kauf selbst wurde im Dezember 1926 abgeschlossen. Dadurch ist die für den Bau zur Verfügung stehende Gesamtfläche auf rund 3510 Quadratmeter erhöht worden. Die für den Erwerb des Hauses Michaelkirchplatz 4 und die in den Jahren 1911 und 1912 erworbenen Grundstücke erforderliche Kauffumme beträgt einschließlich aller Unkosten insgesamt 1 059 958,25 Mark. Diese Anschaffungskosten sind bis zum Jahreschluß 1927 durch die Beiträge zum Baufonds und die Ueberträge der Verlagsanstalt „Courier“ gedeckt und abgeschrieben worden.

Der von den Architekten Bruno Taut und Hoffmann ausgearbeitete Entwurf fand die Billigung des Bundesvorstandes. Die Leitung des Baues übernahmen die Architekten Bruno Taut und Hoffmann, Berlin. Die Ausführung der Arbeiten wurde der Bauhütte Berlin, Soziale Baugesellschaft m. b. H., übertragen.

Bei der Durchführung des Baues ergaben sich große Schwierigkeiten, da der Bau selbst nicht einheitlich, sondern abschnittsweise in Angriff genommen werden mußte. Die Herstellungsarbeiten verzögerten sich auch dadurch, daß die im Jahre 1926 begonnenen Zusammenschlußverhandlungen zwischen dem Verkehrsbund und den Verbänden der Gemeinde- und Staatsarbeiter und Eisenbahner sich derart in die Länge zogen, daß ein Ueberblick über die im Falle des Zusammenschlusses der genannten Verbände benötigten Verwaltungsräume nicht möglich war. Erst Ende des Jahres 1928, nachdem feststand, daß der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands die Verschmelzungsaktion nicht mitmachen würde, konnte der Bau beschleunigt werden. Da der Zusammenschluß unserer Organisation mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und dem Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter nunmehr beschlossene Sache ist, wird das Verwaltungsgebäude unseres Bundes gleichzeitig die Verwaltungsbüros dieser beiden Organisationen in sich aufnehmen. Damit ist für die Zukunft die einheitliche Kraft- und Willenszentrale geschaffen, die befruchtend auf die Gesamtbewegung wirken und eine erfolgreiche Interessenvertretung gewährleisten wird.

Und so soll denn auf diesem Grundstein der ragende Bau des Verbandshauses erheben als dauerndes Wahrzeichen der Kraft und Geschlossenheit aller Mitglieder, die in treuer Mitarbeit geholfen haben, die Organisation in den Stand zu setzen, sich aus

eigener Kraft an die Durchführung des Neubauprojektes heranzuwagen.

Der Bundesvorstand: Oswald Schumann, Johann Döring, Ferdinand Bender, Otto Breyer, Louis Brunner, Carl Lindow, Richard Nürnberg, Max Pause, Anton Reifner, Emil Riedel, Julius Scherff, Wilhelm Bepersdorff, Otto Borchardt, Johann Flieger, Walter Heidemann, Paul Krause, Ernst Kube, Johann Mänz, Alfred Westmann, Grete Philipp, Rudolf Pucalka, August Schmahl, Josef Ulrich.

Am 19. September fand in Berlin die Grundsteinlegung des neuen Zentralverwaltungsgebäudes statt, in dem der Deutsche Verkehrsbund, der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband und der Zentralverband der Gärtner ihre Quartiere aufschlagen werden. Das Haus umfaßt eine Fläche von rund 3500 Quadratmeter, wovon 2600 Quadratmeter bebaut werden.

Im Namen der drei Verbände begrüßte der Vorsitzende des Verkehrsbundes, Oswald Schumann, die Erschienenen und wies darauf hin, daß dieses neue Haus ein Zeichen finanzieller Kraft, wachsender Macht und steigender Einflüsse der Gewerkschaften sei. Ungelernte Arbeiter bauten hier mit Wille und Fähigkeit ein Haus, dem bis heute nicht weniger als 1,3 Millionen Mark geschenktweise zur Verfügung gestellt wurden. Nach der Verschmelzung zählen die Verbände rund 700 000 Mitglieder, und Zusammenarbeit und Solidarität müssen dazu führen, daß bald eine Million Mitglieder erreicht werden. Schumann schloß, nachdem er die traditionellen Hammerschläge ausführte mit dem Wahlspruch:

„Möge dieses Haus sein ein wahres Zeichen vereinigter Kraft und Geschlossenheit, die Stätte brüderlichen und solidarischen Wirkens, eine Waffenschmiede für den sozialen und kulturellen Aufschwung der Arbeiterschaft.“

Anschließend daran sprach dann unser Kollege Müntner, der die drei Hammerschläge vollführte unter dem Motto: für den gewerkschaftlichen Fortschritt, für den vollenkommenen Zusammenschluß aller Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und des Verkehrs, für den nationalen und internationalen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg der Arbeiterklasse in unzerstörbarem Glauben an unsere Mission. Hierauf sprach Kollege Busch vom Verband der Gärtnereiarbeiter: „Wille, Klarheit, Solidarität sind die Bausteine dieses Hauses. Wir werden mit allen Kräften im Rahmen der neuen Großorganisation mitarbeiten.“ Der Vorsitzende des ADGB, Leipart wünscht dem neuen Bau, daß es ein Haus des Volkes und des freien Volksgewisses werde. Wir müssen am Volksstaat und einer gerechten sozialen Ordnung mitarbeiten. Otto Wels, vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, betonte die Zusammenarbeit zwischen Partei und Gewerkschaften, die immer wieder neue Energien zur Verwirklichung unseres sozialen Denkens erzeuge. Wels schloß seine Ansprache mit den Worten: „Den früheren Kämpfern zur Ehr', der Gegenwart zur Wehr, der Zukunft zur Lehr'.“

## Ernährung im Betrieb

### Ergebnisse einer Enquete des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes

Der Ausschuß für gesundheitsgemäße Arbeitsgestaltung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene hat sich das Verdienst erworben, ein bisher ziemlich unerforschtes Gebiet der Gewerbehygiene zu untersuchen. Er hat die Frage nach den Ernährungsverhältnissen der Arbeiterschaft unter besonderer Berücksichtigung der Frage der Ernährung innerhalb des Betriebes aufgerollt und Material zusammengetragen, das der weiteren Verarbeitng noch harret.

Von gewerkschaftlicher Seite ist diese Anregung sofort aufgenommen worden, und die gewerbehygienische Abteilung des ADGB hat sich der Aufgabe unterzogen, durch die einzelnen angeschlossenen Verbände und durch die Bezirksausschüsse die Frage besonders prüfen zu lassen. Die Gewerkschafter gingen dabei von der immer deutlicher in Erscheinung tretenden Tatsache aus, daß durch die Auflösung der Familie, die Einbeziehung der Frau ins Erwerbsleben und die großen Entfernungen von der Wohnung zur Arbeitsstätte der „häusliche Herd“ für die Ernährung des Arbeiters immer mehr an Bedeutung verliert; dazu kommt, daß in unsere Arbeiterfamilien die Erkenntnis der mangelnden Rationalität der Tausende von Einzelküchen und Einzelkesseln eindringt; ein Zeitalter, in dem „Rationalisierung“ auf allen Gebieten Trumpf ist, wirkt auch auf die engste und konservativste Gemeinschaft innerhalb unserer Gesellschaft seine Schatten. Die Fabrikspießung ist schon in weiten Bezirken unseres Wirtschaftslebens

so maßgebend an die Stelle der Verpflegung im Haushalt getreten, daß sie zu einer öffentlichen Angelegenheit von allgemeinem Interesse geworden ist, an dem auch die Gewerkschaften nicht achtlos vorübergehen können. In keinem Verhältnis zu Umfang und Notwendigkeit der Fabrikspießung steht, wie sich aus der Umfrage deutlich ergibt, die Sorgfalt, mit der die verantwortlichen Stellen sich dieser Frage angenommen haben. Es fehlt noch jede systematische und wissenschaftliche Grundlage für einen planmäßigen Ausbau derjenigen Stellen, die einem erheblichen Prozentsatz der Arbeiterschaft die Kräfte wieder zuführen sollen, deren sie zur Ausübung ihres Berufes bedürfen. Und doch wäre hier der Ort, von dem in erster Linie der Antrieb ausgehen könnte, an die Stelle der alten unrationellen Ernährungsmethode, die unendlich viel Zeit, Kraft und Geld durch Zerspaltung und mangelhafte Ausnutzung der Nährwerte vergeudet, eine neue zu setzen, die im großen nach ernährungsphysiologischen Gesichtspunkten der Arbeiterschaft eine billige und doch kräftige und ausreichende Ernährung schafft.

Neben den Vorurteilen in den Kreisen der Arbeiterschaft selbst, die sich nur zu oft von alten Gewohnheiten nicht trennen kann, auch wenn Technik und Fortschritt sie längst als unzweckmäßig erwiesen haben, begegnen wir aber auch häufig Widerständen seitens der Unternehmer. „Die Arbeiter wollen die Fabrikspießung gar nicht, sie benutzen sie auch dort nicht, wo sie besteht.“

Ist ein Einwand, der immer wieder erhoben wird. So begegnen wir der Tatsache, daß in einer großen Anzahl von Großbetrieben Speiseanlagen für die Arbeiterschaft nicht bestehen, was zur Folge hat, daß der Arbeiter den ganzen Tag von den der Ernährung durchaus nicht zuträglichen „Stullen“, Butter- oder Margarinebröten, lebt und erst abends, wenn der Ermüdungsgrad bereits so groß ist, daß weder große Lust zum Essen besteht, noch die Verdauungsorgane die Nahrung in der nötigen Weise ausnützen, etwas Warmes in den Magen bekommt. Es ist von Fachleuten häufig nachgewiesen worden, daß die Nahrung besser ausgenutzt werden kann, wenn sie nicht am Ende eines langen Arbeitstages, vielsach nachdem bereits Ueberhungerung eingetreten ist, eingenommen wird, sondern im Laufe des Arbeitstages, allerdings nur dann, wenn dem Arbeiter die genügende Zeit nicht nur zum Einnehmen der Mahlzeit selbst, sondern auch eine folgende „Verdauungspause“ zur Verfügung steht, während der er seine Kräfte wieder sammeln kann.

Wie wenig diesen Erfordernissen bisher Rechnung getragen worden ist, beweisen die Ergebnisse der Fragebogen, die vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband versandt worden sind. Nach den bis jetzt in der gewerbehygienischen Abteilung des ADGB. eingelaufenen sind im ganzen 74 Betriebe mit insgesamt rund 25 000 Arbeitnehmern, davon etwa 18 500 Arbeiter und Arbeiterinnen und 6500 Angestellten und Beamten erfaßt worden. Von den 74 Betrieben antworten auf die Frage, ob eine Kantine besteht, nur 34 mit ja. Unter denen, die mit nein antworten, sind einige ganz große Betriebe mit teilweise bis 1000 Arbeitnehmern. Die Antworten auf die Frage der Beteiligung der Arbeiterschaft an den Kantinenleistungen sind keineswegs so, daß sich daraus der Schluß rechtfertigt, die Arbeiter wollten diese Einrichtung nicht. Im Durchschnitt wird auf die Frage nach der Beteiligung der Belegschaft mit 40 Proz. geantwortet, ein Prozentsatz, der um so weniger als gering zu erscheinen braucht, als die angegebenen Preise im allgemeinen recht hoch sind; der Durchschnittspreis für das Mittagessen wird mit 80 Pf. bis 1 Mk. angegeben, ein Preis, der bei der heutigen Entlohnung besonders in den Fällen hoch ist, in denen erst ein Mitglied einer oft zahlreichen Familie dadurch ernährt ist.

In einem sehr wichtigen Punkt sind die Fragebogen leider so unzureichend ausgefüllt worden, daß er sich nicht mit der nötigen Genauigkeit beurteilen läßt in der Frage nach der Bewirtschaftung der Kantinen. In den meisten Fällen sind sie einem von der

Betriebsleitung eingesetzten Pächter übertragen. Es fragt sich — und auf diese Frage geben die Fragebogen leider keine Antwort —, wie weit sich diese Methode als zweckmäßig erwiesen hat. Immerhin liegt die Befürchtung nahe, daß der Pächter, der hier lediglich Geschäftsmann ist, seinen eigenen Vorteil mehr im Auge hat als das Wohl der Belegschaft. In einer Reihe von Fällen ist ihm allerdings eine Kommission an die Seite gestellt, die aus dem Betriebsrat oder eigens zu diesem Zwecke von der Belegschaft gewählten Vertrauensleuten besteht. Jedenfalls ergeben die Fragebogen, daß in den Fällen, in denen eine solche Kommission besteht, von der Kantine nicht nur ein größerer Gebrauch gemacht wird, sondern daß auch der Preis niedriger ist. Ein Fall wird angegeben, in dem ein Mittagessen 50 Pfennige kostet und von 60 Proz. der Belegschaft eingenommen wird. Der dem Fragebogen beigefügte Küchenzettel zeigt nicht nur tägliche Fleischnahrung, sondern auch eine ständige Abwechslung; ein anderer Fall hingegen, in dem keine Kommission besteht, weist als nahezu tägliches Menü Hülsenfrüchte ohne Fleisch auf; die Frequenz ist entsprechend gering. Es liegt nahe, daß die Belegschaft, die selbst Einfluß auf die Bewirtschaftung ausüben kann, nicht nur wegen der besseren Qualität des Essens die Kantine lieber benutzt, sondern sie auch mehr als ihr eigenes Werk betrachtet, das sie fördern und an dem sie Interesse zeigen will.

Als Grund für Nichtbenutzung wird in den meisten Fällen der zu hohe Preis angegeben; das wirkt sich besonders in solchen Betrieben aus, in denen Arbeiter sehr verschiedener Qualifikation und sehr verschiedener Lohnhöhe beschäftigt sind; hier sind die Preise leider meistens den Arbeitern des höchsten Lohnniveaus angepaßt, was zu schweren Unzuträglichkeiten auch innerhalb der Belegschaften führen muß. In einem Betrieb, in dem Arbeiter und Beamte beschäftigt sind, wird die Antwort gegeben, daß die Kantine nur von den Beamten benutzt werden könnte.

Hier liegen eine Fülle von Aufgaben für unsere Betriebsvertrauensleute und Gewerkschaftler; es gibt eine große Zahl von Methoden, durch die das Essen, ohne verteuert zu werden, verbessert werden kann. Vor allem kann ohne jeden Aufwand an Kosten der schlimmste Uebelstand beseitigt werden: die Eintönigkeit. Ist sie vielleicht im Einzelhaushalt objektiv nicht minder groß, so wird sie doch erfahrungsgemäß dort weniger empfunden als bei der „Massenpeisung“.

Nachdem der ADGB. einmal diesem wichtigen Gebiet seine Aufmerksamkeit geschenkt hat, wollen wir es nicht wieder aus den Augen verlieren.

Dora Fabian.

## Streik der Straßenbahner in Breslau

### Dorgetäuschte christlich-nationale Tapferkeit als deutschnationales Wahlmanöver

Jahrelang hat der christliche Verband durch die Macht der Religion den geistig gehemmten Straßenbahnern dauernd Verprechungen gemacht, um sie in das Angestellten- oder Beamtenverhältnis zu bringen. Da dies nicht im Sinne des Magistrats von Breslau lag, wurde es natürlich stets abgelehnt, trotzdem auch heuchlerischerweise die bürgerlichen Stadtverordneten scheinbar dafür eintraten. Es war natürlich nicht anders zu erwarten, als daß man die Schuld einfach dem großen Bruder „Gemeinde- und Staatsarbeiterverband“ zuschob, der natürlich auch für seine Mitglieder als Arbeiter des Magistrats Breslau dasselbe Recht forderte. Wenn nun nicht zufällig gerade Kommunalwahlen vor der Tür ständen, würde diese Angelegenheit vielleicht schon der Vergessenheit anheimgefallen sein, aber die deutschnationalen Arbeiterfreunde erinnern sich wohl ihrer Vergeßlichkeit und bringen in Wort und Schrift ihren Straßenbahnern diesbezügliche Stadtverordnetenbeschlüsse aus der Vergangenheit des Jahres 1926, vergessen aber zu sagen, daß die Durchführung dieser Beschlüsse die bürgerlichen Magistratsmitglieder abgelehnt haben. Diese Inkonsequenz im vollsten Fertigfabrikat zu begreifen, fehlt jenen Leuten das Verständnis und deshalb ist es möglich, daß man sich zu allen gewünschten Zwecken gebrauchen läßt. Als Mittel zum Zweck wurde die letzte Lohnbewegung der städtischen Arbeiter vom Juli d. J. gewählt. Während die Gemeindegewerkschaft wie auch der Verkehrsbund das Angebot des Magistrats von 4 und 1 Pf. angenommen hatten, lehnte es die christliche Gewerkschaft nur für die Straßenbahner ab, für ihre übrigen Gemeindegewerkschaftler wurde das Angebot ebenfalls angenommen. Begründet wurde diese Ablehnung mit einer Mehrforderung für die Straßenbahner wegen der bekanntlich nach dem RMG. V 5 um eine halbe Stunde gekürzten Arbeitszeit. Um diesen an sich berechtigten Ausgleich herbeizuführen, hatte der DVB. für seine Mitglieder über be-

sondere Forderungen wegen Aufbesserung der Funktionszulagen verhandelt und auch einer Vereinbarung zugestimmt, welche den Schaffnern eine Erhöhung der Mankozulage auf 4 Mk. monatlich und den Fahrern eine solche ihrer Fahrerzulage auf 20 Mk. monatlich brachte. Ferner wurde noch ab 1. April 1930 1 Mk. als weitere Erhöhung dieser Funktionszulagen zugestanden. Deshalb stimmten sie auch ganz unabhängig davon dem Lohnabkommen zu. Die Folge dieser christlichen Unduldsamkeit war natürlich die unterbliebene Auszahlung der höheren Löhne an die Straßenbahner. Selbstverständlich mußte nun die Bezirkschiedsstelle auf Anruf der Christen entscheiden. Das Ergebnis war zwar nicht die gewünschte höhere Lohnzulage, sondern die vom Magistrat zugestandene weitere Erhöhung der Funktionszulage von 1 Mk. monatlich ab 1. April 1930 sollte schon ab 1. Juli 1929 gezahlt werden.

Hiergegen legte der Magistrat Berufung bei der Zentralchiedsstelle ein und erreichte, daß die Entscheidung der Bezirkschiedsstelle aufgehoben und der alte Zustand wieder eingeleitet wurde. Dies war das Zeichen zum Aufstand. Die christlichen Straßenbahner beschloßen schnell den Streik, weil ihnen nämlich schon ihr deutschnationaler Gewerkschaftsführer, natürlich unter seinem Einfluß als Stadtverordneter, in der deutschnationalen Presse die Wege geebnet hatte. Du staunst, lieber Leser. Jeder einigermaßen denkende Proletarier erkennt doch hier klar, in welcher Sackgasse sich diese Menschen befinden. Deutschnationale Hilfe! — für streikende Arbeiter? — Denke — und entscheide selbst. Der Streik wurde nun nach dieser verlockenden Einführung inszeniert und auf Sonntag, den 8. September, festgelegt. Warum gerade Sonntag? — vielleicht weil vormittags weniger Verkehr — denn nachmittags hatte man doch bestimmt nicht mehr damit gerechnet — weil von Amts wegen usw. — oder aber um Gelegen-

heit zu haben zu bitten, daß auch dieser Keldj vorübergehe? Einerlei, es wurde gestreikt! Die Kollegen vom DDB. wollten nicht stören und hielten deshalb Solidarität.

Zu gleicher Zeit lag beim Schlichter der Antrag des Magistrats zur Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches der Zentralstelle vor. Nachdem die christlichen Herren vom Verhandlungstisch wiederholt in nicht mißzuverstehender Weise auf die Folgen ihres Verhaltens bei Auspruch der Verbindlichkeitserklärung aufmerksam gemacht wurden, war ihnen anscheinend der Faden gerissen. Im letzten Moment vor der Katastrophe — denn bei ausgesprochener Verbindlichkeit wären die Streikspielenden der Willkür des Unternehmers ausgesetzt gewesen, beherrschte der Vertreter des DDB. die bereits verfahren Situation und ersuchte plötzlich um eine kurze Unterbrechung, in welcher es auch gelang, eine Vereinbarung zu treffen, welche zunächst einmal vor Maßregelung schützte, was sich erst bei der Verbindlichkeitserklärung nicht mehr

verhindern ließ. Die Arbeit mußte am Spätnachmittag sofort wieder aufgenommen werden und als materieller Erfolg wurde die monatliche Zulage von 1 Mk. schon ab 1. Oktober 1929 zugestanden. Die Streikstunden werden nicht bezahlt. Endrechnung ist also 8 Mk. Lohnverlust gegen 6 Mk. für ein halbes Jahr Funktionszulage.

Für uns ist es klar, daß dieses Manöver nur ein Schlag für den DDB. sein sollte, zu dem in letzter Zeit die christlichen Mitglieder zahlreich übergetreten sind.

Gleichzeitig sollte es auch als deutschnationale Wahlagitation auf die Unaussterblichen wirken.

Die christlichen Straßenbahner haben gestreikt — die deutschnationalen Arbeiterfreunde haben dies mit Würde geduldet und erwarten nunmehr die entsprechende Anerkennung bei den Kommunalwahlen. Hoffentlich wird noch manchem die Erkenntnis kommen, daß er sich auf falschem Wege befindet. Pr.

## Freie oder christliche Gewerkschaft

Obgleich wir in der „Gewerkschaft“ Nr. 38 das Jahrbuch 1928 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes einer eingehenden Besprechung unterzogen haben, veranlaßt uns das nunmehr erschienene Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für den gleichen Zeitabschnitt, eine Gegenüberstellung der Mitgliederzahl und Leistungen der Organisationen beider Richtungen vorzunehmen. In der freigewerkschaftlichen Bewegung hat der Zusammenschluß der Berufsverbände zu Industrieorganisationen im Berichtsjahr einen weiteren bedeutsamen Fortschritt zu verzeichnen. Bekanntlich schlossen sich im Frühjahr 1928 die Verbände der Böttcher, Fleischer, Lebensmittel- und Getränkearbeiter und Nahrung- und Genussmittelarbeiter zu einer gemeinsamen Organisation zusammen. Dadurch verringerte sich die Zahl der im ADGB. vorhandenen Organisationen von 38 auf 35 und die Gesamtzahl der Zweigvereine ging von 15 052 im Jahre 1927 auf 13 810 im Jahre 1928 zurück. Eine günstige Entwicklung der Mitgliederzahl ließ schon das Jahr 1926 erkennen. Aus der nachfolgenden Tabelle geht hervor, wie stark die einzelnen Organisationen an der Mitgliederzunahme beteiligt sind und wie hoch ihre Gesamteinnahmen im Jahre 1928 und ihre Gesamtausgaben sind.

Freigewerkschaftlicher Verband	Mitglieder Ende 1927	Mitglieder Ende 1928	Gesamtein- nahme 1928		Gesamtaus- gabe 1928	
			in Mark			
Baugewerksbund	402 252	458 048	27 402 170	19 625 136		
Bekleidungsarbeiter	74 076	79 797	2 694 846	2 676 422		
Bergarbeiter	194 740	198 358	7 162 410	5 682 705		
Buchbinder	53 187	57 166	2 902 795	1 977 426		
Buchdrucker	81 305	83 908	10 343 228	8 154 189		
Dachdecker	10 991	11 097	544 973	325 145		
Eisenbahner	233 868	243 611	8 951 104	7 128 215		
Fabrikarbeiter	423 059	477 395	19 638 772	17 558 277		
Feuerwehrmänner	7 940	7 424	234 925	203 977		
Filmgewerkschaft *)	—	—	—	—		
Freiungehilfen	3 939	4 242	166 815	168 023		
Gärtner	9 540	10 657	383 579	368 981		
Gemeinde- u. Staatsarbeiter	228 522	257 933	9 446 594	7 404 998		
Graphische Hilfsarbeiter	39 007	41 111	2 232 736	1 420 423		
Holzarbeiter	298 835	313 544	14 941 449	11 521 230		
Hotel-, Rest.- u. Gastangestellte	25 093	29 618	1 150 806	1 016 051		
Hutarbeiter	18 178	18 165	589 751	555 153		
Kupfer- und Schmiede	6 735	7 185	495 063	527 230		
Landarbeiter	152 880	178 098	3 162 913	3 113 109		
Lederarbeiter	38 185	37 540	1 627 894	1 585 423		
Lithographen	23 205	24 181	1 949 416	1 512 168		
Maler	48 746	56 813	2 887 538	2 183 029		
Maschinenisten	46 359	51 777	2 516 480	2 516 480		
Metallarbeiter	815 838	944 310	49 000 277	47 404 371		
Musiker	22 864	23 509	1 333 775	1 181 440		
Nahrungs- u. Getränkearb.	151 808	168 575	8 276 218	6 199 447		
Sattler, Tapezierer und Portefeuilier	29 618	31 406	1 585 319	956 621		
Schornsteinfeger	2 875	2 952	81 427	73 135		
Schuhmacher	77 907	77 233	2 701 807	1 965 768		
Schweizer	11 048	12 105	381 400	362 273		
Steinarbeiter	63 798	68 970	3 377 658	3 058 265		
Tabakarbeiter	17 379	18 282	1 611 391	1 100 653		
Textilarbeiter	300 670	310 941	10 803 221	10 402 291		
Verkehrsbund	351 435	390 360	14 507 828	14 698 602		
Zimmerer	101 601	110 675	6 619 113	4 737 255		
<b>Insgesamt</b>	<b>4 415 673</b>	<b>4 866 926</b>	<b>221 696 193</b>	<b>189 363 911</b>		

\*) Verband hat nicht berichtet.

Die erfreuliche Aufwärtsbewegung hat sich also auch im Jahre 1927 ununterbrochen das ganze Jahr hindurch fortgesetzt. Die Zahl der Mitglieder der dem ADGB. angeschlossenen Verbände betrug im Jahresdurchschnitt 1926 = 3 977 309, 1927 = 4 150 160, 1928 = 4 653 586 und am Jahresluß 4 866 926. In dem einen Jahre 1928 ist ein Zuwachs von fast einer halben Million Mitglieder zu verzeichnen, ein Beweis, daß die freigewerkschaftliche Bewegung ihre Frische und Anziehungskraft nicht eingebüßt hat.

Erstaunlich ist aber auch die finanzielle Leistung der einzelnen Organisationen. Der Gesamteinnahme von 221 696 193 Mk. steht eine Gesamtausgabe von 189 363 911 Mk. gegenüber. Das sind ganz repräsentable Zahlen, die nicht nur nach außen hin die innere Macht und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung als der stärksten der Welt dokumentieren, und es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung schlechweg die freigewerkschaftliche Bewegung ist.

\* \* \*

Das vor wenigen Wochen erschienene Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften gibt allgemein genommen eine Uebersicht über die Stellungnahmen der Christen zu den laufenden Fragen wirtschaftlicher und sozialer Art. Aus den nachfolgenden Aufstellungen der Verbände, ihrer Mitglieder und Einnahme geht hervor, daß der Mitgliederstand gegenüber 1927 um 44 000 gestiegen ist. Mit ihren 764 000 Mitgliedern aber ist die christliche Gewerkschaftsbewegung noch nicht in der Lage, einen positiv bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung der Dinge auszuüben, und was wir noch im allgemeinen in unserem Gewerkschaftsleben feststellen können, dürfte auch auf die übrigen Organisationen zutreffen, daß sie sich mehr oder weniger im Schlepptau der freien Gewerkschaften befinden.

Christlicher Verband	Mitglieder		Gesamteinnahmen in Mark		Gesamtausgaben in Mark 1928
	Ende 1927	Ende 1928	1927		
			1927	1928	
Bauarbeiter	42 824	45 698	1 967 892	2 474 599	1 566 891
Bekleidungsarbeiter	11 378	11 522	236 431	280 134	303 544
Bergarbeiter	97 803	98 954	2 614 227	2 783 516	1 488 175
Buchdrucker	4 392	3 667	326 688	337 617	323 982
Fabrikarbeiter	55 383	64 393	1 833 415	2 444 097	1 872 456
Gasthausangestellte	17 525	19 153	1 281 165	1 575 120	1 373 193
Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe	28 930	33 708	978 918	1 199 261	994 256
Graphiker	4 465	4 923	180 453	215 514	170 980
Hausangestellte	3 587	3 472	21 644	19 924	19 720
Heimarbeiterrinnen	7 124	7 235	58 199	55 607	58 376
Holzarbeiter	27 813	30 660	920 846	1 208 323	927 567
Landarbeiter	79 599	80 536	762 268	817 053	836 691
Lederarbeiter	11 418	11 048	300 461	329 558	303 275
Maler	2 317	3 203	86 808	125 969	105 741
Metallarbeiter	99 044	112 678	3 937 258	5 094 347	5 035 363
Nahrungsmittelarbeiter	9 015	9 088	228 356	269 349	234 128
Tabakarbeiter	23 969	26 350	599 435	520 053	396 333
Textilarbeiter	79 198	81 136	2 169 013	2 457 472	2 328 322
Gruppe der Verkehrs- und Staatsbediensteten	114 275	116 479	2 371 120	2 411 361	?
<b>Insgesamt</b>	<b>720 059</b>	<b>763 843</b>	<b>20 814 577</b>	<b>24 618 874</b>	<b>18 338 993</b>

Der Verband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe, unsere Gegenorganisation, weist 33 708 Mitglieder auf und eine Gesamteinnahme von 1 199 261 Mk.

Der Bericht über die organisatorische Arbeit der christlichen Gewerkschaften läßt zwar auch für das Jahr 1928 ein reges Leben erkennen, aber es ist auch daraus ersichtlich, daß der Erfolg der christlichen Gewerkschaften der aufgewendeten Mühe durchaus nicht entspricht, wie das Zentralorgan der Christen selbst eingesteht. Die Schlussfolgerung daraus ist, daß sich die Arbeitnehmer aller Schattierungen auch weiterhin in verstärktem Maße der freien Gewerkschaftsbewegung zuwenden werden.

Wahrheit ist das leichteste Spiel von allen. Stelle dich selber dar, und du läufst nie Gefahr, aus deiner Rolle zu fallen.

Friedrich Rückert.

## Kunst

## Die Kunst dem Volke



Es ist etwas eigenartiges um die Kunst, die Dinge zu zeigen wie sie sind, ihnen Ausdruck, Leben und Geist zu verleihen und sie zu einem Spiegelbild ihrer Zeit zu machen. Von jeher gab es Menschen, die das Bestehende in irgendeiner Form festzuhalten suchten, die mit ihren Schöpfungen Kritik an den Dingen übten oder ihnen zustimmten. Viel stärker wie in Literatur und schauspielerischer Kunst finden wir das in der Malerei, und ihre Geschichte zeigt zugleich Herrschaft, Verfall und Auflösung der sozialen Macht. Werden anfangs nur die Göttlichen lebensgroß gegeben, so schlüpfen später die Mächtigen der Erde, Kaiser und Könige, in die Masken der Heiligen. Groß und breit füllt das Porträt der Fürsten Rahmen und Mauer. Ueber das Bürgerkönigtum hinweg werden aber auch die Kaufleute, Goldwäger und Gildemeister auf Holztafel und Leinwand festgehalten. Die Maler malen die Herrschaft; auch die Kunst ist eine Waffe im Kampfe um die Stufen zur Macht.

Das kommt in unserer Zeit mehr denn je zum Ausdruck. Ob George Grosz mit seinem Christusbild die unter der kapitalistischen Herrschaft gekreuzigte Menschheit darstellt, Heinrich Zille in seinen „Mülljöh“-Skizzen die Not des Proletariats in den Mietkasernen zur Anklage werden läßt, oder Käthe Kollwitz mit dem erschütternden Bild „Mutter und Kind“ die Liebe, Hingebung und Aufopferung darstellt, immer sind diese Künstler mit ihren Werken nicht nur Zeugen der Gegenwart für die Zukunft, sondern auch Bannerträger im Kampfe um die sozialere Gestaltung der Welt.

Aus der Beziehung und aus der Liebe zur Kunst erhielt sich aber auch dauernd jene Gesinnung, die uns Menschen international verbindet, weil sie auf das gerichtet ist, was uns allen als höchster Wert des Daseins gemeinsam ist: auf die geistige Einheit. Ist es auch nur ein Bruchteil der Menschheit, der auf diesem fruchtbaren Boden einer internationalen Verständigung steht, so geht trotzdem von ihm unaufhörlich und unnachgiebig das Bestreben aus, die eigenen Erkenntnisse in die Allgemeinheit hineinzutragen und mit ihr den Erfolg des Menschheitsgedankens gemeinsam zu feiern.

Gute Kunst ist immer einfach und wahr, sie spricht vom Herzen zum Herzen und kennt nicht die Fallen der Diplomatie und ihre Vieldeutigkeit, sie sagt nur das, was uns mit dem Leben versöhnt, wenn wir eins sind, wenn wir uns in der Tiefe des Gefühls und der Vernunft finden. Die Kunst spricht alle Sprachen, und wenn wir ihr uns naiv und unmittelbar hingeben, verlieren sich die Grenzen und Schranken zwischen den Völkern und wir erkennen in ihr ein internationales Bindungsmittel, das alle Voraussetzungen zu einer Gemeinschaftsgesinnung schafft. Das wird allgemein von dem Proletariat, von den Kreisen, die den meisten Künstlern den Stoff zu ihren Motiven geben und ihrem künstlerischen Gestalten ideologisch am nächsten stehen, zu wenig beachtet. Zweifellos trägt das oft sprunghafte revolutionäre Gestalten und Schaffen mancher Künstler dazu bei, dem der Durchschnittsmensch nur wenig folgen kann, da er mehr den geradlinigen, stetigen und ruhigeren Entwicklungsgang vorzieht. Gerade weil der Arbeiter, Angestellte und Beamte finanziell stark gebunden ist, muß er vorsichtig in der Wahl seiner Erwerbungen sein. Was heute neu erscheint und empfohlen wird, ist morgen überholt und wir erleben z. B. in der Architektur Seitensprünge, die zur Vorsicht mahnen. Eine gute, gediegene Arbeit wird jedoch

in der Erscheinungen Flucht immer ein ruhender Pol sein. — „Die Kunst dem Volke“ ist eine Devise, die nicht nur auf der Bühne, sondern auch in der Malerei immer mehr zur Geltung kommen muß. Sind es nicht in den meisten Fällen gerade unsere Gesinnungsgenossen, die oft einen erbitterten Kampf ums Dasein führen, die ihrer Kunst zuliebe hungern und darben? Sie verdienen entschieden mehr unsere Unterstützung, als das bislang der Fall war.

Die Kunst der Vergangenheit war eine Angelegenheit für wenige Menschen, die über Macht, Besitz und Geld verfügten. Die Kunst der Gegenwart muß in einer Zeit, wo die proletarischen Massen und Verbände mehr und mehr die bestimmende Kraft im

Lebensgetriebe werden, auch in enger Verbindung mit diesen stehen! Künstlerschaft und Arbeiterschaft darf keine Gegenüberstellung, keine Zweifelt, sondern soll eine Einheit: das schaffende Volk sein, einig in seinem Kampfe für eine bessere und schönere Zukunft. Schlimmer noch als der Arbeiter ist der Künstler abhängig von der besitzenden Klasse. Sie ist seine Arbeitgeberin, aber sie kann seine Arbeit entbehren. Jeder Versuch zur Auflehnung gegen die bestehende „Ordnung“ wird bestraft mit Nichtverkauf seiner Werke — mit Hunger. Und keine Organisation kann ihn gegen diese Maßregelung schützen. Die Arbeiterschaft aber hat die Möglichkeit, die Freiheit der Kunst und der Künstler zu erringen. Die Künstler werden, falls ihnen die Möglichkeit gegeben wird, unabhängig von den Besitzenden zu schaffen, ihre Zugehörigkeit zu den sozialistischen Massen nicht allein empfinden, sondern nun auch beweisen. Sie werden ihre Plätze in den Reihen des kämpfenden Proletariats ein-



Käthe Kollwitz

Mutter und Kind (1927)

nehmen, welches nur vereint in all seinen Gruppen die Welt erobern kann. Zur Erreichung dieses Zieles wurde der Verein „Künstler-Selbsthilfe“ gegründet, ein gemeinnütziger Verein, dessen Ueberschüsse in Form von Auftragserteilungen begabten jungen Künstlern zufließen. Den Mitgliedern der in dem ADGB. vereinigten Verbände werden gegen einen Monatsbeitrag von 60 Pf. folgende Gegenleistungen geboten:

1. Eine monatlich erscheinende Zeitschrift „Kunst der Zeit“, 24 Seiten stark, Kunstdruckpapier, mit zahlreichen wirklich repräsentativen Abbildungen und entsprechendem Text. Die erste Nummer erscheint am 1. Oktober.
2. Eine Jahresgabe in Form einer handsignierten Originalgraphik von den bedeutendsten Künstlern Deutschlands.
3. Freier Zutritt zu den modernen Kunstausstellungen, die ständig in den Gewerkschaftshäusern veranstaltet werden.
4. Freier Zutritt zu besonderen Kunstabenden, bei denen die Künstler selbst über ihre Kunst und über die allgemeinen Kunstprobleme sprechen werden.

Der Verein steht weiter mit einer Reihe von Museen und Galerien in Verbindung, um für seine Mitglieder besondere Vergünstigungen zu erwirken. Namhafte Künstler, wie Ottens, Pechstein, Belling, Wekenstein usw. sind im Vorstand des Vereins, der um seiner Bestrebungen willen unsere nachdrücklichste Unterstützung verdient. Meldungen zum Beitritt sind an die „Künstler-Selbsthilfe“ Berlin-Frohnau zu richten. E. F.

## Berlin in der Kunst

Es ist eine höchst sonderbare Tatsache, daß Berlin heute noch immer nicht den Künstler gefunden hat, der ihm jene Eigentümlichkeiten abgelaußt hätte, die für jeden Beschauer vollkommen zutreffend und außerdem ganz und gar eigentümlich sind. Gewiß gibt es aus der Vergangenheit wie ebenso aus unserer Zeit eine Unzahl von Werken mit berlinischen Motiven. Es gibt sogar Künstler, unter denen der jüngst verstorbene Heinrich Zille in erster Linie hervorgehoben werden muß, die in ihren Werken und in der Sondertümlichkeit ihres Ausdrucks durchaus etwas von den Menschen und von der Lebensart der in Berlin Ansässigen zu sagen wissen. Aber das besondere Stadtbild, das für jeden Fremden ein merkwürdiges Fluidum zu besitzen und dem Berliner selbst etwas Unvergleichliches scheint, hat bis jetzt noch nicht jenen Schilderer gefunden, der über die reine Abbildung von Berliner Motiven hinaus diese merkwürdige Unverwechselbarkeit eingefangen hätte.

Tatsächlich sind es gewichtige Gründe, die hierbei mitgesprochen haben. Eigentlich erst jetzt in der Gegenwart scheint es anders werden zu wollen. Es liegt an der Entwicklung von Berlin selbst, das in einzelnen Stadien fast immer ein anderes Gesicht hatte. Beinahe könnte man sagen, daß die Zeiten heute wie gestern und vorgestern eigentlich gar nicht zusammenstimmen. Im Mittelalter spielte die Stadt keine Rolle, später als brandenburgische und dann als preußische Residenz waren es die Herrscher, die den Ton angaben. Nur ganz nebenbei bildete sich dann und wann so etwas wie volkliche Eigenart, die aber selten einer Weiterentwicklung über einen bestimmten Zeitraum hinaus fähig war, weil das neue Stadium schon wieder eine gänzlich andere gesellschaftliche Struktur aufwies. Und schließlich Berlin als Hauptstadt des neuen Deutschen Reiches? Man hat es ja erlebt, wie mit dem Eintreten Deutschlands in die Weltwirtschaft das bestenfalls zu einer gewissen Eigentümlichkeit mittlerer Residenzstädte herangewachsene Berlin plötzlich zu einer Riesenstadt an- schwellt und dabei bis heute niemals eine „schöpferische Pause“ hatte, wie man es am besten bezeichnen kann. Obendrein war die Stadt der zentrale Mittelpunkt eines von oben diktierten Militarismus, der mehr noch als in vergangenen Zeiten als solcher regierte und kulturellen Dingen gegenüber nur eine typische Darvenümeinnung hatte, die naturgemäß erst ganz allmählich überwunden werden kann, bevor etwas ernsthaft und organisch Eigentümliches sich herausbildet.

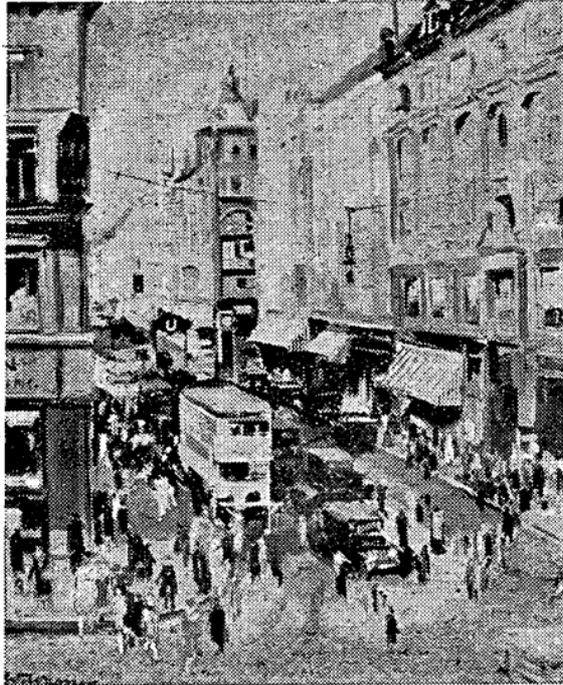
Somit unterscheidet sich Berlin schon sehr wesentlich von den anderen beiden europäischen Metropolen Paris und London, deren Entwicklung viel mehr als bei der deutschen Hauptstadt als eine sinnigere gelten kann. Und die infolgedessen schon längst durch die Hand von Künstlern ihre speziellen Darstellungen fanden, die über den zufälligen Anlaß hinweg auch Inhalt genug haben, um mehr als nur zeitlich bedingte Werke zu sein. Diese Tatsache ist wichtig, um verständlich zu machen, was vornehmlich bei der Darstellung einer städtischen Eigenart zu fordern ist. Es ist natürlich kein Wunder, wenn alte und kulturbedeutende Städte, wie beispielsweise Rom, das seit der Antike schon eine Weltrolle gespielt hat, oder in Deutschland etwa Nürnberg nicht schwer bildnerisch zu fassen sind, weil weniger das eigentümlich Gesamte, als vielmehr die auf dem besonderen Boden gewachsene Eigenart zu schildern ist. Es ist aber ein Beweis von tatsächlich schöpferischer Kraft, wenn aus dem vielstimmigen und scheinbar vollkommen uneinheitlichen Getriebe einer modernen Großstadt dennoch etwas Einheitliches in den dieser Stadterscheinung zugeordneten Kunstwerken herauswächst. Dies nun kann man immer wieder vor jenen Gemälden beobachten, die künstlerisch von Wert sind und Pariser oder Londoner Stadtansichten zum Thema haben. Eine bestimmte Ausdrucksform, eine kaum anders mögliche Fassung des Inhaltlichen läßt den Betrachter sofort empfinden, daß dieses Bild

nur auf dem Boden dieser oder jener Stadt entstanden sein kann, oder, wenn er beide Städte nicht kennt, nur auf einem ganz bestimmten Boden gewachsen sein muß.

In Berlin ist es demgegenüber meist so gewesen, daß entweder Bilder entstanden, die wohl Kunstwerke waren, aber ebenso gut auch an anderen Orten hätten entstehen können. Oder aber es waren einfache, im Grunde anspruchslose und künstlerisch wenig belangvolle Ansichten, die zur Zeit ihres Entstehens sehr gefielen, um schließlich schon nach einigen Jahren vergessen zu sein. Einige wenige gute Griffe bedeuten dagegen nur Zufallsercheinungen und bestätigen eigentlich die Regel, daß im großen ganzen der Berliner Boden hierfür noch nicht fruchtbar ist. Es gilt nicht in einem glücklichen Wurf, dem so und so viele nicht gelungene Versuche gegenüberstehen, etwas Eigentümliches zu schaffen, sondern es ist die große Aufgabe, Berlin als Stadt durch das Ingenium eines

oder mehrerer Künstler, die eng mit ihr verwachsen sind, so erfaßt zu sehen, daß das geschaffene Werk jedes Menschen Ansicht derart bestätigt, daß tatsächlich in dieser Auffassung die Großstadt Berlin ein für ihr Wesen typisches und zugleich ein über jedem Zweifel erhabenes künstlerisches Ereignis geworden ist.

Auf solche Schöpfungen werden wir allerdings noch warten müssen. Man ist in vielen Kreisen sogar recht skeptisch, und gelegentlich wurde die Meinung ausgesprochen, daß Berlin zu viele Gesichter hat, um je einmal ein einheitliches zu besitzen. Was man darunter versteht, trifft auch auf Paris und London zu, auf letzteres sogar in noch viel stärkerem Maße. Außerdem stimmt eine solche Behauptung vielleicht eben noch in materieller Hinsicht, in geistiger Beziehung aber keineswegs. Oder wie ist es möglich, daß in der neueren Zeit beispielsweise Heinrich Zille und vor dem etwa Theodor Hosemann so ungewöhnlich viel von der Mentalität der Berliner einfangen konnten?



W. Dagn

Berlin, Friedrichstraße

Diese Darstellungen aus dem Gesellschaftsleben sind immer die Voraussetzungen für ein mehr allgemeines, rein der Eigenart der Stadt entsprechendes Prägungsvermögen, zumal wenn sie ausgesprochen satirischen Charakter haben. In Paris und London gab es ähnliche Sittenschilderer schon längst, als Berlin erst anfing, wenigstens in architektonischer Beziehung ein einigermaßen repräsentatives Gesicht zu bekommen, obgleich die Anregungen hierzu nicht immer sehr wählerisch aus anderen Ländern geholt wurden. Wirft man überhaupt einen Blick in die Vergangenheit, so wird man bald feststellen müssen, daß wenig von dem geschaffen wurde und vorhanden ist, was man anderwärts in Fülle findet, nämlich lebendig erfaßte Szenen aus dem Volksleben, wie es wirklich war. Gewiß dabei meist nur aus der jeweiligen Zeit verständlich, aber ganz selbstverständlich auch mit einer erfrischend direkten Sprache, die kein Blatt vor den Mund nimmt. Solche ungewungenen Darstellungen fehlen aber in Berlin bis in die jüngste Gegenwart, bestenfalls sind es sehr versteckte Anspielungen auf gesellschaftliche Mißstände. Und was es gar an sogenannten Bilderbogen gibt, so sind diese durchweg verlogene Moritäten oder Situationen, wie aus „Des Soldaten Freud und Leid“, die noch weniger echtes Volksempfinden als künstlerischen Wert darstellen.

Wie wir es schon hervorgehoben haben, hing das Wachstum, die Entwicklung und die Eigenart Berlins mit dynastischen Interessen zusammen, die als Hauptbeschäftigung eine militärische Vorherrschaft pflegten. Man hat zwar oft die Meinung vertreten und betont sie heute noch in bestimmten Kreisen mit recht verdächtigem Eifer, daß hierdurch allein Preußen hoch gekommen ist. Wir sind ehrlich genug, um nicht ableugnen zu wollen, daß daran zweifellos viel Richtiges ist. Nur darf es ebenso wenig übersehen werden, daß eine solche einseitige Staatsbestimmung allmählich die schlimmsten Folgen zeitigt, wozu als Menetekel noch nicht einmal der letzte Weltkrieg, sondern auch mancherlei üble Vorkommnisse und viele

von einer servilen Geschichtsschreibung als glorreich bezeichneten Ereignisse aus der preußisch-deutschen Geschichte herangezogen werden können.

Von diesen Tatsachen nun spiegeln die künstlerischen Darstellungen von Berlin direkt und indirekt mehr, als man annehmen sollte. Wenn man beispielsweise bei einem Besuch des Märkischen Museums in Berlin versuchen wollte, unbefangenen und im nüchternen Vergleich mit anderen Völkern festzustellen, was an volkshafte Lebendigen und rein aus der Sache heraus frischen Darstellungen von Berlin zu finden ist, so wird man eine merkwürdige Kermlichkeit entdecken. Als Entschuldigung die märkische Kargheit, und was es sonst an ähnlichen Bezeichnungen gibt, anführen zu wollen, geht dabei wohl nicht an. Es handelt sich gar nicht um gewaltig große Kunst, wie sie etwa die Italiener und später die Spanier und Franzosen hervorgebracht haben, sondern allein um einen durch seine Natürlichkeit überzeugenden Wesenszug, der keiner großen Formate bedarf und sich gleicherweise im Gemälde

wie im bescheidensten graphischen Blatt dokumentiert. Eine solche Dokumentation fehlt aber in Berlin bis an die Schwelle des 19. Jahrhunderts gänzlich; alles, was aus diesen Zeiten an Darstellungen der Stadt Berlin noch vorhanden ist, wurde fremden Vorbildern nachgeahmt, ist mehr oder minder höfisch orientiert und bedeutet bestenfalls ein Beispiel von recht unerfreulicher Hausbackenheit. Mit der Neuzeit wird es um vieles besser, obgleich das ganz und gar Typische immer noch sehr selten ist. Der Baumeister Karl Friedrich Schinkel gibt dem zeitbeliebten Klassizismus eine Wendung ins Preussische, die der immer noch kleinen Hauptstadt nicht schlecht ansteht. Seine Schüler und Nachfolger vollenden dann das Werk, das heute allerdings schon vollkommen überholt ist und nicht mehr der Weltstadt Berlin, sondern mehr der benachbarten ehemaligen Militärstadt und jetzt wenigstens im Aussehen besonderen Kleinstadt Potsdam das Gepräge gibt. Dorthin hatte der Radierer Daniel Chodowiecki mancherlei Eigentümlichkeit des Berliner Bürgerertums verzeichnet. Es sind unter seinen zahlreichen Blättern viele, die nicht uninteressant wirken, aber einen ganz waschechten Ausdruck haben sie nicht. Echter sind schon einige Künstler des 19. Jahrhunderts, nur fügen sie sich in ihren Vorwürfen ganz den Mächten, die allein den Ton angeben. Da ist Franz Krüger, der vielleicht dem alten Berlin die eigentümliche Note abgewonnen hätte, wenn er nicht sein Tätigkeitsfeld in Paradebildern und fürstlichen Bildnissen gefunden hätte. Und da ist vor allen Dingen Adolf von Menzel, der die beste Eignung besaß, das allmählich zur Groß- und Weltstadt heranreifende Berlin vollgültig und unverkennbar mit seiner Kunst einzufangen, und der in seiner Jugend noch um zeitgemäße Probleme rang, um später ganz seine ungewöhnliche Griffelkunst in den Dienst der Verherrlichung der friederizianischen Zeit zu stellen.

In der jüngst vergangenen Zeit schließlich haben die ernsthaft bedeutenden Künstler sich meist allgemein menschlichen oder außerhalb der Stadt gelegenen Themen zugewandt. Liebermann als immer noch stärkster Repräsentant einer aus Berlin hervorgegangenen Kunst malte in dem Berlin seiner besten Jahre wenig, was ihm darstellungswert erschien. Walter Leistikow hat die eigenartige Schönheit der Grunewaldseen entdeckt, aber das deckt sich nicht mit dem Berlin, wie wir es empfinden; es ist mehr eine Erscheinung der Umgegend. Zudem läßt es sich schon jetzt nicht verkennen, daß seine Gemälde als künstlerische Werke doch recht überschätzt wurden.

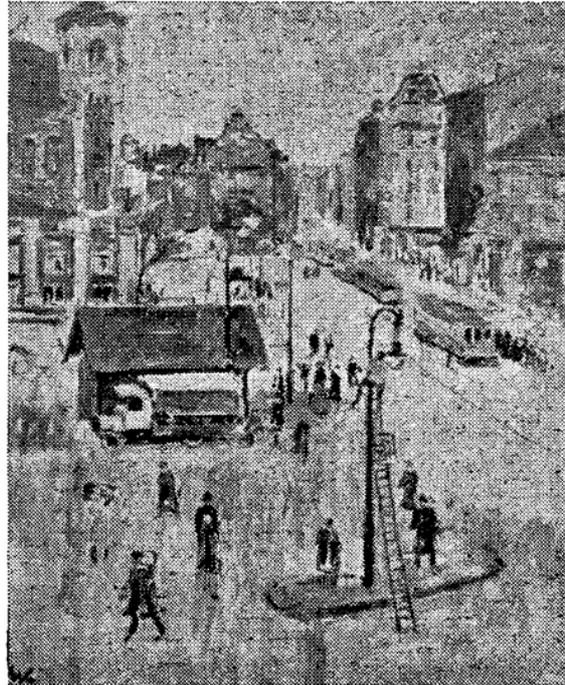
Sonst bleibt aus dieser Zeit wenig übrig. Da mit dem Industriezeitalter die Entfernungen keine Rolle mehr spielten, konnte es nicht wunder nehmen, daß die meisten die Gegenwart verstehenden Künstler lieber außerhalb der Stadt und der Landesgrenzen ihre Werke schufen, als innerhalb der offiziell bevorzugten Kunst mit Berliner Themen mißachtet zu werden. Keine Hauptstadt hat aber eine solche Verschandelung erfahren als Berlin

während der Wilhelminischen Ära. Nur Werke in falscher Anlehnung an die Vergangenheit fanden Anerkennung, die anderen mußten sich durchweg gegen den von oben diktierten Kunstgeschmack durchsetzen. Es erübrigt sich, Einzelheiten aus dieser Zeit aufzuzählen, es wird ohnehin schon verständlich, daß damals das moderne Berlin niemals den Darsteller finden konnte, der es auch mit moderner Auffassung erfaßt hätte. Das war schließlich auch in den letzten Jahren nicht möglich, als vollkommen neue Stilbildungsversuche eine Ueberwindung des individuellen Themas in die Wege zu leiten versuchten.

Während aber heute in den gesellschaftlichen Beziehungen der Kollektivismus marschiert, ist die vollkommene Ausschaltung des Individuellen in den künstlerischen Dingen eine sehr fragwürdige Angelegenheit. Ein Hyperindividualismus ist heute sowieso nicht mehr möglich, eine Darstellung von einzelnen Personen und von landschaftlichen Eigenheiten wird aber immer noch in neuen Formen geschaffen, wodurch die individuelle Kunst schon von sich

aus ihre Existenz beweist. Tatsächlich kommt auch eine neue künstlerische Realitätsabsicht dem künstlerischen Einfangen des heutigen Berlin sehr zugute. Und vielleicht, wenn man nur einige Zeit abwartet, wird Berlin erst morgen zu einer großzügigen Erfassung reif, die vordem nie in die Tat umgesetzt wurde. Im Augenblick sollen nur einige Versuche des heutigen künstlerischen Einfangens von Berlin gezeigt werden. Dadurch wird das Empfinden für die künstlerischen Möglichkeiten, auch Berlin als Stadtcharakter zu sehen, sicher gestärkt. Man wird dann in den hier abgebildeten Arbeiten von Ernst Weizenstein, Jakob Steinhardt und Wilhelm Wagner feststellen können, daß hier schon ein besonderer Weg angebahnt ist, der wahrscheinlich früher oder später eine ganz selbstverständliche Erfüllung bringen wird.

Dr. Otto Brattskoven.



E. Weizenstein

Berlin, am Stettiner Bahnhof

## Memoiren eines Berufsmodells

Ich war 17 Jahre, da wurde ich durch eine merkwürdige Verkettung verschiedener Zufälle — Berufsmodell. Und das kam so: Ich hatte in einem Kaufhaus eine Stellung, das Plette machte und ich sah dann völlig auf der Straße, wo ich weder aus noch ein wußte. Einen Erwerb zu finden gelang mir nicht so schnell, als ich es nötig hatte. Ganz verzagt dachte ich bereits an das Aergste, sah mich verhungern oder, was mir damals noch ärger schien, verkauft. Da lernte ich nun in einem Laden, wohnen ich mich vergebens um eine Arbeit bemüht hatte, einen berühmten Maler kennen, der mich als Kopfmodell verwandte. Der Mann gefiel mir durch sein wortkarges, aber dennoch menschenfreundliches Gebaren und nahm mir das Mißtrauen gegen diesen arg verleumdeten Beruf. Ich entdeckte daß es hier nicht so schlimm zugeht, als oberflächliche Gemüter glauben urteilen zu dürfen.

Es hängt letzten Endes ja nur von dem Benehmen des Modells ab. Im weiblichen Akt schaut der Künstler den Weg zum Bildwerk, darum er sich strebend müht. Meine Maler betrachteten mich als Kameradin und nicht als Freiwild. Frühmorgens, wenn ich ins Atelier komme, betrete ich meine Kabine, entledige mich meiner Kleider und — die Sitzung beginnt. Das einzige und unangenehme beim Modellberuf ist, daß manchmal Gäste oder auch Bilderkäufer kommen, die einen mit verhällter Gier anstieren. Also nicht die Künstler sind es, die uns belästigen, sondern die Gäste, die sich manchmal nicht zu benehmen wissen, wenn sie untereinander am anderen Ort wieder begegnen. Das hat mich sehr oft tief verletzt.

Unser Beruf ist doch wie jeder andere zu bewerten und ich liebe die Kunst meiner Künstler, lausche ihren Belehrungen über die Art des Schaffens und habe mir dadurch im Laufe der Jahre kostbare Lehren gesammelt, die mich berechtigen, in künstlerischen Dingen manchmal beratend eingreifen zu dürfen.

Ja, lezthin versuchte ich mich sogar im Zeichnen und wagte eine Aktstudie, die mir Lob einbrachte. Scherzhaft wendet sich das Blatt, und der Künstler sah mir Modell. Aber ich halte zu viel von der Kunst und bleibe lieber ein gutes Modell, als eine schlechte Malerin.

M. E. (in „Kunst-der-Zeit“).

## Ausstellung und künstlerischer Wandschmuck in Arbeiterheimen

Man staunt mitunter, wieviel Geld die einzelnen Angestellten und Arbeiter anlegen, um in den sogenannten Kunstabteilungen der Warenhäuser schön sein sollenden Wandschmuck zu erstehen, mit dem sie dann ihren Wohnungen ein gefälliges Aussehen zu geben hoffen. Während sonst diese durchweg gewerkschaftlich organisierten Menschen ein sehr scharfes Auge für politische und wirtschaftliche Fragen haben, geht ihnen heute noch meist der Blick für das ab, was schön und was häßlich im wahrsten Sinne des Wortes ist. Es ist eine unleugbare Tatsache, daß man immer noch in Dingen des Geschmacks, der Wohnungseinrichtungen und des Schmucks mit Surrogaten sich zufrieden gibt, wobei man eigentlich nur den üblichen Bürgergeschmack nachhakt und obendrein Preise für die einzelnen Sachen bezahlt, die in keinem Verhältnis zum realen und inneren Wert stehen. — Wenn immer auf diesem Gebiet eine Reformarbeit versucht wurde, so wurde entgegnet, daß die

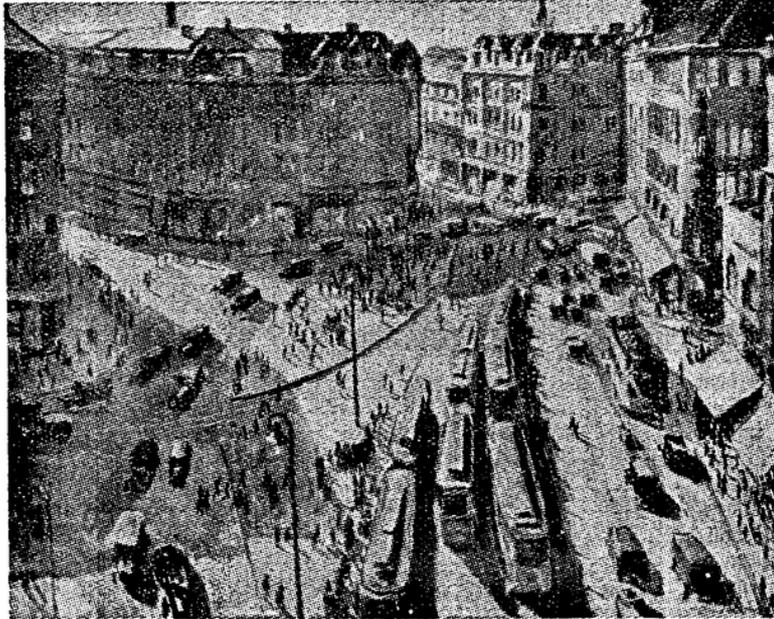
Arbeiter- und Angestellten-schaft vorläufig andere Aufgaben zu lösen hat. Diese abweisende Antwort war gestern noch berechtigt, heute aber, wo die Führung klar bei ihnen liegt und die Frage immer brennender nach einer zukunftsweisenden Kulturarbeit wird, dürfte es auch endlich an der Zeit sein, dieser gar nicht radikalen Frage wirkliche Aufmerksamkeit zu widmen und in größtem Maßstab aufklärende Arbeit zu leisten. — Einige Beispiele schon erkennen, wie sehr wir in dieser Beziehung im Rückstand sind. Da sind einige mit Unterstützung der Gewerkschaften gebaute neue Wohnblöcke, sauberlich nach modernsten Bauprinzipien aufgeführt, ohne den alten Schnickschnack, wie es bei einer Bejahung unserer Zeit selbstverständlich ist. Dafür ist aber jede Wohnung so angelegt, daß möglichst viel Licht und Luft hereinkommt und der Gebrauch keine Schwierigkeiten bereitet. Diese Bauten sind repräsentative Anlagen, die ohne Pathos den Weg in die Zukunft weisen. Die Einrichtungen der Wohnungen sollten dem Äußeren des Ganzen ähnlich angelegt sein. Kommt man aber in eine solche Wohnung, so findet man meist eine Einrichtung, die dem mit Bewußtsein gesund-zweckmäßig angelegten Charakter des Hauses direkt ins Gesicht schlägt. Eine Ueberfüllung mit Möbeln, die ebensowenig schön wie sie zweckmäßig zu gebrauchen oder ohne viel Anstrengung zu reinigen sind. An den Wänden hängen in geschmacklosen Goldrahmen aus Gips sentimental-verlogene Oeldrucke, an deren inhaltslose Darstellung man nicht mehr glaubt, die man aber aus unkritisch übernommener Ueberlieferung für nötig erachtet, um eine sogenannte „Behaglichkeit“ zu haben, in der die heutigen Menschen sich aber niemals ganz wohl fühlen. Es geht noch an, wenn diese Sachen ererbt sind, dann muß man sich nun einmal mit ihnen abfinden, obgleich das eine oder andere Stück verschwinden könnte, da es doch nie gebraucht wird und nur im Wege steht. Meist aber werden die Sachen neu gekauft. Die Möbel in Abzahlgeschäften, die auf diese Weise den alten Plunder mehr als vorteilhaft loswerden, und der Wandschmuck in den schon genannten „Kunstabteilungen“, wobei sich die Käufer den viel zu teuren und geschmacklosen Kram als schön aufschwagen lassen, ohne daß sie selbst so recht ein persönliches Verhältnis zur Sache haben. Immer hört man die Redensart: „Es gehört nun einmal dazu“. Leider gehen die Frauen bei einer solchen Auswahl noch mit dem schlechten Beispiel voran. Und schließlich die bittere Bemerkung: „Was Anderes und Besseres können wir uns ja doch nicht leisten und so wollen wir wenigstens mit diesen Sachen unser behagliches Heim haben!“ Es versängt gar nicht, wenn man diesen von vornherein Unbefehrbaren erklärt, daß die echten und guten Sachen im Grunde viel billiger und besser sind. Wenn man noch dazu sagt, daß sie allerdings nicht so sehr und „schön“ in die Augen fallen, so sind diese Interessenten

außerdem noch mißtrauisch und kaufen nun erst recht jene Sachen, welche sie seit jeher als schön zu empfinden gewöhnt sind, ohne allerdings sich Rechenschaft darüber zu geben, ob dieses Schönfinden auch ehrlich und berechtigt ist.

Will man also in diesen allgemein-kulturellen Dingen, die nicht zuletzt eine Grundlage für die Eroberung der Zukunft bedeuten, so ist es nur möglich, mit aktivem Vorbild Wege zu weisen und ganz allmählich eine Besserung herbeizuführen, von deren Notwendigkeit die fortgeschrittenen Geister schon längst überzeugt sind.

Im Hinblick auf die Wohnungseinrichtungen dürfte es deshalb in absehbarer Zeit besser werden, weil mehr und mehr die alten Stücke verschwinden und die neuen viel mehr als bisher nach zweckmäßigen Gesichtspunkten hergestellt werden. Man wird dann wohl empfinden lernen, daß erst der Gebrauchswert die Schönheit bringt, und nicht umgekehrt die sogenannte „Schönheit“ auch

unter Umständen zu gebrauchen ist. — In bezug auf den Wandschmuck sieht es aber immer noch recht traurig aus. Da gibt es neben der intensiven Erziehungsarbeit zum klaren Empfinden des wirklich Schönen und Geschmackvollen auch noch psychologische Hindernisse, die nicht leicht überwunden werden dürften. Immerhin entdeckt man einige Organisationen, die sich in vorbildlicher und zugleich aus verständlichem Lebensinteresse die Aufgabe gestellt haben, diese Reformarbeit mit Erfolg durchzuführen. Besonders muß dabei auf den „Derein Künstler-Selbsthilfe“ hingewiesen werden. Erfreulich ist es, daß man von dieser Seite nun nicht versucht, nur die hypermoderneren und des-



J. Steinhart

Berlin, Spittelmarkt

halb der breiten Masse unverständlichen Kunstprodukte zu propagieren. Derartige Versuche sind ja schon früher mit negativem Erfolg unternommen worden. Wenn sie abgelehnt wurden, so deshalb, weil immer nur von den in diesen Dingen fortschrittlich Gesinnten einfache, jedoch echte Symbole verlangt werden, und es ist deshalb gut, wenn die „Künstler-Selbsthilfe“ gerade hierauf ein Hauptgewicht legt.

Man muß sich fragen, was heute wenigstens die einsichtsvollen Werkätigen als Wandschmuck verlangen, um damit eine Ueberlist über die kommenden Anforderungen zu gewinnen. Es ist natürlich, daß man auch ein Porträt dieses oder jenes großen Arbeiterführers hängen haben möchte, mit dessen Werk und Tat man besonders vertraut ist und dessen Persönlichkeit man schätzt. Von Seiten der politischen Organisationen gibt es schon solche Blätter, aber wie schlecht sind sie oft. Man verwechselt bei diesen Stellen leider nicht selten Einfachheit mit künstlerischer Billigkeit, und man vergißt nur zu oft, daß ein solches Bild nicht nur ein Bild schlechthin, sondern auch ein Wandschmuck sein soll. Und das es noch solche Ausführungen zu schaffen gilt, die beides vereinigen.

Ähnlich verhält es sich mit jenen Szenen, die die Licht- und Schattenseiten aus dem Dasein des Arbeiters zum Gegenstand haben. Auch in dieser Hinsicht wird noch viel zu viel geübertrieben, obwohl die künstlerische Güte und der besondere Inhalt sich sehr wohl vereinigen lassen.

Eine Hauptaufgabe schließlich wird eine durchgreifende Reformarbeit werden, die das überwiegende Geschmacksempfinden grundlegend ändert, oder vielmehr auf gesunde Grundlagen zurückführt. Natürlich kann nicht jeder ein Oelgemälde besitzen, aber es gibt heute so gute und billige Nachbildungen von großen Kunstwerken, die mehr sind als Oeldrucke mit nichtsagendem Inhalt, die man für viel Geld als Originalgemälde gekauft hat. Das beste Mittel, um eine Besserung herbeizuführen, ist der schwierige, aber dankbare Versuch, den einzelnen dazu zu bringen, ein Verhältnis zu seinem Wandschmuck zu gewinnen. Damit wird die intensivste Kulturarbeit geleistet werden. Peter Förster.

# Arbeitgeberbeiträge zu privaten sozialen Versicherungen sind Lohnsteuerpflichtig

Der Reichsminister der Finanzen hat unter dem 9. Juli 1929 in einem Sammelersatz, Seite 2209 —4, die Landesregierungen und die Landesfinanzämter darauf verwiesen, daß Beiträge, die von den Arbeitgebern auf Grund gesetzlicher Verpflichtung zur Kranken-, Unfall-, Alters-, Angestellten-, Erwerbslosen- usw. Versicherung gezahlt werden, nicht zum Arbeitslohn gehören und deshalb für die Berechnung der Lohnsteuer auscheiden müssen. Dagegen sind Beiträge oder Beitragsanteile, die (über die gesetzliche Verpflichtung hinaus) vom Arbeitgeber freiwillig auf Grund einer besonderen Vereinbarung mit dem Arbeitnehmer oder auf Grund eines Tarifvertrages entrichtet werden, als Teile des Arbeitslohnes bei der Lohnsteuer mitzuberechnen. Das gilt insbesondere von den Arbeitgeberbeiträgen für zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Arbeitnehmer bei den Reichsverwaltungen, sowie für die Zusatzversorgungskassen der Körperschaften des öffentlichen Rechts, für die Versorgungsanstalt der Reichspost, die Pensionskassen der Reichsbahn und auch für alle privaten Einrichtungen, wie z. B. für die Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die Unterstützungvereinigung der in der Arbeiterbewegung tätigen Angestellten usw.

Damit wird nicht etwa ein neuer Rechtszustand geschaffen, sondern der Reichsfinanzhof hat in seiner Entscheidung vom 16. Januar 1929 eine Auslegung der diesbezüglichen Bestimmungen im Einkommensteuergesetz gegeben. An diese Auslegung ist auch der Finanzminister gebunden, solange eine entgegenstehende Gesetzesbestimmung vom Reichstag nicht angenommen ist. Gewissermaßen als Hinweis auf die Erfüllung des Gesetzes gilt der erwähnte Runderlaß. In der Vergangenheit ist die Besteuerung der Arbeitgeberanteile im guten Glauben vielfach unterblieben und erst nach Revisionen durch Finanzbeamte mußten in der Regel die Steuerbeiträge nachgezahlt werden. Verschiedentlich haben Arbeiterunternehmungen eine Buße dazu zahlen müssen. Der Runderlaß des Ministers amnestiert gewissermaßen alle diejenigen, die bisher diese Beitragsanteile nicht versteuert haben und verlangt nunmehr vom 1. August 1929 Besteuerung nach den Lohnsteuerbestimmungen.

Nicht genügend beachtet wird aber, daß diese Arbeitgeberanteile nach § 17 des Einkommensteuergesetzes abzugsfähig sind. Denn die bezugsfähigen Sonderleistungen und Werbungskosten sind in den §§ 16 und 17 des Einkommensteuergesetzes namentlich aufgeführt. Uebersteigen diese Beträge den im Gesetz vorgesehenen Betrag von insgesamt 40 Mk. monatlich oder 500 Mk. jährlich, so wird auf Antrag beim zuständigen Finanzamt der lohnsteuerfreie Betrag um soviel erhöht, als er nachweislich 40 Mk. monatlich übersteigt. Für die Steuerpflichtigen gelten als abzugsfähige Sonderleistungen alle Arbeitnehmerbeiträge für sich und seine Haushaltsangehörigen, die von ihm zu Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Erwerbslosen-, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen aller Art gezahlt werden; ferner Versicherungsprämien auf Todes- und Lebensfall, Ausgaben für berufliche Fortbildung sowie Spareinlagen für den Steuerpflichtigen und seine nicht selbständig veranlagten Haushaltsangehörigen, sobald die Rückzahlung des Kapitals nur für den Todesfall oder nach mindestens 20 Jahren erfolgt, schließlich auch die Beiträge zu den Gewerkschaften, sowie

Fahrkosten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte und Ausgaben bzw. Aufwertung für Werkzeuge und Berufskleidung. Abzugsfähig sind ferner alle Arbeitgeberanteile zu öffentlichen oder privaten Versorgungskassen und daher müssen diese Beträge mit den von Arbeitnehmern selbst beigeteuerten Beitragsteilen in dem Antrage an das Finanzamt als Sonderleistungen mit aufgeführt werden. Alle Abzüge dieser Art sind ohne weiteres bis zur Höhe von 600 Mk. Jahresbetrag zulässig. Dieser Betrag erhöht sich für die zum Haushalt zählende Ehefrau sowie für jedes nicht selbständig zu veranlagende minderjährige Kind um je 250 Mk. jährlich. Hat nun der jetzt 50jährige Steuerpflichtige in den Jahren 1923 bis 1926 eine Versicherung abgeschlossen oder sich zu fortlaufenden Spareinlagen verpflichtet, so wird (wenn sein Einkommen 15 000 Mk. jährlich nicht übersteigt und sein Vermögen 30 000 Mk. nicht erreicht) der steuerfreie Betrag ohne weiteres auf 960 Mk. jährlich erhöht, für den 55 bis 60 Jahre alten auf 1200 Mk., für den über 60 Jahre alten Steuerpflichtigen auf 1440 Mk. Nur wenn der Steuerpflichtige einen Anspruch oder eine Anwartschaft auf Ruhegehalt oder sonstige wiederkehrende Bezüge von mehr als 2000 Mk. jährlich hat, dann fällt diese Vergünstigung fort.

In dem Runderlaß hat der Reichsfinanzminister ausdrücklich darauf verwiesen, daß den Arbeitnehmern Gelegenheit gegeben werden soll, einen entsprechenden Antrag auf erhöhte Sonderleistungen und Werbungskosten beim Finanzamt gemäß §§ 17, 70, 75 und 112 einzureichen. In der Regel wird dann der übliche lohnsteuerfreie Betrag erhöht und auf der Steuerkarte vermerkt. Dieser Antrag muß jedoch am Anfang jeden Jahres erneut und mit den entsprechenden Unterlagen eingereicht werden. Die Steuervergünstigung tritt in Kraft von dem Lohntag ab, der auf den Tag folgt, an dem der Vermerk auf der Steuerkarte vom Finanzamt eingetragen ist. Es überrechnet daher jeder Arbeitnehmer seine Abgaben nach den abzugsfähigen Werbungskosten und Sonderleistungen und stelle dann z. B. folgenden spezialisierten Antrag an das zuständige Finanzamt:

Ich beantrage eine Erhöhung des Betrages für Werbungskosten und Sonderleistungen, weil diese gemäß nachfolgender Aufstellung die Summe von 480 Mk. übersteigen.

### Aufstellung

Jährlicher Beitrag	
1. zur Krankenkasse	109,20 Mk.
2. zur Invalidenversicherung	52,— Mk.
3. zur Erwerbslosenversicherung	46,80 Mk.
4. zur Zusatzversorgungsanstalt	51,48 Mk.
5. für Lebensversicherung	24,— Mk.
6. für Feuerversicherung	12,— Mk.
7. für Feuerbestattung	20,80 Mk.
8. für die Gewerkschaft	46,80 Mk.
9. für Kirchensteuer	5,— Mk.
10. für Fahrgehalt von und zur Arbeitsstelle	72,— Mk.
11. für Berufskleidung	90,— Mk.

Insgesamt . . . 530,08 Mk.

Ich versichere, daß die von mir gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen und durch Unterlagen bewiesen werden können.

Unterschrift und genaue Adresse.

Hermann Schimme.

## Das deutsche Theater und seine Zukunft

Es ist unsere Aufgabe, die Zeiterscheinungen zu beobachten. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat deshalb bei allen Erscheinungen in den einzelnen öffentlichen Betrieben, besonders bei wirtschaftlichen Krisen, die Dinge überwacht und rechtzeitig im Interesse der Kollegen eingegriffen. Zurzeit dürfte wohl feststehen, daß keiner unserer Betriebe so gefährdet ist wie die öffentlichen Theater. Die Theaterkrise hat sich von Jahr zu Jahr verschärft, und nicht nur im Interesse unserer tausenden Kollegen, sondern auch im Interesse der gesamten Kultur liegt es, zu untersuchen, mit welchen Mitteln das Theater lebenskräftig gestaltet werden kann. Sehr umstritten ist auch heute die Frage, ob Reich, Staat oder Kommune es verantworten können, daß bei der jetzt obwaltenden finanziellen Notlage große Geldmittel für den nach mancher Ansicht unproduktiven Theaterbetrieb zur Verfügung gestellt werden dürfen. Wir wollen heute nicht untersuchen, inwieweit Kino, Radio und Sport die Massen dem Theater entfremden, wichtiger ist es auf jeden Fall, den Weg zu finden, der

zur Theateranierung führen kann. Dazu gehört vor allem die Grundlage, die Besuchsfreudigkeit durch wertvolle zeitgemäße Programme und erträgliche Preise zu heben. Die Entfremdung muß wieder überwunden werden; dies gelingt aber nur, wenn wir im Theater nicht nur die moralische Erziehungsanstalt sehen. Wir verlangen deshalb auch bei städtischen und Staatstheatern eine größere künstlerische Freizügigkeit des Leiters. Das Theater muß das Spiegelbild der Zeit besser wiedergeben und sich jede Einmischungen verbitten, die geeignet sind, den Betrieb zu hemmen. Die Zeit muß vorüber sein, wo Jungfrauen- und Müttervereine, bestehend aus Leuten, die das Theater nur von außen kennen, versuchen, wertvolle künstlerische Stücke vom Spielplan abzusetzen aus sogenannten falsch verstandenen religiösen Motiven. Beim Schauspiel zeigen uns heute schon kleinere Theater, die schwer um ihre Existenz ringen müssen, daß man auch künstlerisch dem Zeitgeiste Rechnung tragend, besetzte Häuser erzielen kann. Ausgehend von der Erkenntnis, daß dem denkenden Menschen, dem kulturelle

Betätigung zum Lebensinhalt geworden ist, nie und nimmer im Kino und Rundfunk vollste Befriedigung geboten wird, bringen sie in fast revolutionärster Art Zeitgeschehnisse auf die Bühne. So dürfen in letzter Zeit Stücke wie „Das Grabmal des unbekanntes Soldaten“, „Die Dreigroschenoper“, „Cyankali (S 218)“, selbst die vielangegriffene „Revolte im Erziehungshaus“ als Erfolge gebucht werden. So gibt es heute bereits eine ganze Anzahl von Stücken, die auch das Publikum unserer Kreise zu fesseln vermögen. Schon aus Selbstinteresse müssen wir deshalb jede Bewegung unterstützen, die geeignet ist, im obigen Sinne das Theater lebendiger zu gestalten. Dazu gehören in erster Linie die Besucherorganisationen, vor allem die uns nahestehende „Freie Volkshöhne“. Erfreulich ist, daß auch diese zeitgemäße Bewegung immer mehr Anerkennung findet und sich durchsetzen kann. Daß es heute noch möglich ist, auf dem von uns angegebenen Wege das Theater zu sanieren, beweisen die Bestrebungen in Berlin. Unter der Führung der Reinhardt-Bühnen haben sich eine Anzahl bekannter Theater zum gemeinsamen Abonnement zusammengeschlossen unter dem Namen „Reibar“, und zwar ist dieses Abonnement auch auf die billigsten Plätze ausgedehnt. Zum Preise von zwei bis sechs Mark kann man sich hier auf zehn Vorstellungen abonnieren. Diese Vorstellungen finden abwechselnd in acht Theatern dieses Konzerns statt. Selbstverständlich kann auch eine größere Anzahl von Vorstellungen abgenommen werden. „Reibar“ rechnet auf Grund der Anmeldungen mit 20 000 Abonnenten. Dies sind 50 Proz. der Plätze der in Frage kommenden Theater. Da im Durchschnitt ein Theater mit zwei Drittel Besetzung tragfähig ist, so dürfte das Risiko des Abendkartenerkaufs nicht mehr sehr groß sein. Zwei weitere Vereinigungen werben in ähnlicher Weise um die Gunst des Publikums für ihre Theatergruppe. Auch dort sind die Erfolge ziemlich groß. Erfreulich ist, daß die Volkshöhne in ihrem eigenen Theater noch unter diesem Preis von 2 Mk. auf allen Plätzen bleiben kann. Aus dem Reich werden ähnliche Resultate gemeldet. So gelang es

durch Verbilligung des Abonnementspreises in Köln die Zahl der Abonnenten zu verdoppeln. Breslau, Erfurt und andere Städte melden ebenfalls sehr günstige Abonnementszahlen. Diese Bewegung an sich ist interessant genug. Abgesehen von dem finanziellen Ergebnis ist sie der Beweis, daß von einer Theatermüdigkeit nicht gesprochen werden kann, sondern daß unsere Ansicht immer richtig war, daß bei tragbaren Eintrittspreisen die Theaterkrise überwunden werden kann. Bei der Oper liegen die Dinge etwas schwieriger durch den an sich größeren und teuren Apparat. Aber auch hier zeigt es sich, daß eine starke Nachfrage nach guten Vorstellungen vorhanden ist. Gewiß fehlt der Oper das zeitgemäße Programm. Mit wenigen Ausnahmen sind die Leitungen gezwungen, die alte Repertoireoper weiter zu pflegen. Damit kommen wir auch zur Beantwortung der Frage, ob es verantwortlich ist, verhältnismäßig große Summen für die Unterstützung der Theater auszugeben. Wir haben in einem früher erschienenen Theaterartikel bereits Stellung genommen und auch die Summen angeführt und darauf hingewiesen, wie die Zuschüsse verringert werden können. Es gibt eine Reihe von Unternehmungen, die vom Reich, Staat oder der Kommune unterstützt werden müssen. Dazu gehören die Theater, die immerhin als unentbehrliche Kulturbetriebe zu unterstützen sind. Wenn man bedenkt, daß für die Luftschiffahrt, die doch nur den besser situierten Kreisen zugute kommt, 36 Millionen Mark Zuschuß geleistet werden, dann darf das Volk erwarten, daß auch für die Betätigung auf kulturellem Gebiet ähnliche Summen zur Verfügung gestellt werden. Aber auch im Interesse der zehntausenden im deutschen Theater Beschäftigten und bei der großen Notlage der stellenlosen Künstler usw., ist es eine soziale Pflicht des Staates und der Gemeinde, soweit zu helfen wie nur möglich ist. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird nach wie vor zu jeder Mitarbeit bereit sein und hat dementprechende Schritte bereits eingeleitet. K. Ho.

## Reklame, Arbeiterpresse und Gewerkschaften

Innerhalb der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft ist die psychologische Wirkung und soziologische Bedeutung der Reklame als vortreffliches Mittel der Erfassung kaufkräftiger Massen erkannt worden. Der Weg führt vom Geschäftsschild eines römischen Bordells im Altertum über die Büchersignette des Hans Holbein d. J. im 16. Jahrhundert bis zu den suggestiven Licht- und Filmreklamen großer Industriefirmen. Alle bemühen sich, mit mehr oder weniger eindringlichem Pathos, die Käufer in den Kreis ihrer Beeinflussung zum Nutzen ihres Unternehmens zu ziehen, und da sich Wissenschaft, Kunst und Technik bereits in den Dienst der Reklame gestellt haben, kann man sagen, mit hochprozentigem Erfolg. In anerkannter Offenheit bekennt demzufolge einer der bekanntesten Warenhausbesitzer: „Alles, was ich habe, verdanke ich zu 99 Proz. der Zeitungsreklame.“ Auch auf der Kölner „Pressa“ des vorigen Jahres, die mit der vom 10. August bis 8. September 1929 gezeigten Reklameschau in Berlin eine gewisse äußere Ähnlichkeit aufweist, erzählt eine große Zigarettenfirma von dem wirklich erfolgreichen Einsatz der Reklame. Dieses besagte Unternehmen berechnete im Jahre 1924 für eine Schachtel mit 25 Zigaretten etwa 3 Pf. Reklamekosten bei einem Umsatz von 31 Millionen Mark (das sind etwa 818 Millionen Stück Zigaretten). Im Jahre 1927, anlässlich eines größeren Reklamefeldzuges, erhöhte sie ihren Umsatz auf 171 Millionen Mark mit 4,4 Milliarden Stück Zigaretten, und erhöhte auch die Ausgaben für Reklame auf etwa 2 700 000 Mk. Durch den größeren Umsatz und trotz der bedeutenden Erhöhung der Reklamekosten betrugen nunmehr diese für die einzelne Schachtel nicht mehr 3 Pf. wie im Jahre 1924, sondern verringerten sich auf 1½ Pf. Ein Erfolg der Reklame, der nicht nachdrucksvoller dargestellt werden kann.

Wer in diesen Tagen die schon oben genannte Reklameschau, der ein Zusammentreffen der Reklamesachleute vieler Länder vorausging, und die diese betrachtenden Zeilen zum Anlaß hat, mit offenen Augen durchwanderte, ist von den vielfältigen Bemühungen des Industrie-, Handels- und Zeitungskapitals, nämlich alle kaufkräftigen Konjumenten zu überrumpeln und sie für die Interessen ihres Unternehmens einzuspannen, über die tatsächlich ungeheure Wirkung und Bedeutung neuzeitlicher Werbung belehrt worden.

Ungeheuer ist der Aufwand an organisationstechnischen, künstlerischen und psychologischen Propagandamitteln, die die zeitgemäße Kundenwerbung in ihrem Dienst gestellt hat. Vom Haarwäcker bis zum Kleinauto werden alle konkurrenzlosen Vorzüge in die Masse

der Käufer trompetet. Mit kleinen billigen Witzchen und Mätzchen bis zur großzügigen Lichtreklame der Warenhäuser. Auch was die Qualität und Formgebung anbetrifft, fehlt es nicht an Gegenbeispielen. So hat z. B. das Baupflegeamt Hamburg eine interessante Ausstellung unter dem Titel „Reinigung und Reinhaltung der Bauten um die Binnenalter von verunstaltender Reklame“ zusammengestellt. Sie zeigt in einer Reihe von Photos aus der Hamburger Lichtwoche 1928 die unterschiedliche Verwendung der Reklame. Auf der einen Seite das wirre Durcheinander unzweckmäßig angebrachter Lämpchen, ein wirres Chaos von Licht, deren Ablicht, nämlich Reklame zu sein, wirkungslos verbrennt, und auf der anderen Seite die planvolle Organisation der Reklame, die nach gut ausbalancierten Gesichtspunkten erfolgte und auch das abendliche Straßenbild zu einem ästhetischen Genuß werden ließ.

Zweifelsohne wird in dem ganzen Betrieb der sich gegenseitig bekämpfenden Konkurrenten noch oft mit sehr zweifelhaften Mitteln gearbeitet. Die Wege zum Erfolg sind wunderbar. Rehrlich wie in der Politik ist auch hier nur der Erfolg maßgebend. „Der Zweck heiligt das Mittel.“ Dabei soll anerkannt werden, daß sich die Standesorganisationen der Reklamesachleute, der Zeitungsverleger, der Industriellen und Kaufleute um eine Bereinigung dieser unsauberen Angelegenheit bemühen. Aber das Recht ist nun einmal bei den größeren Kanonen.

Wir haben oft der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß eine reine Gesinnung mehr wiegt, als alle raffinierten Ueberredungskünste. Das sagt nicht, daß wir nun Gewehr bei Fuß stehen, und die anderen, die den richtigen Typ haben, arbeiten lassen — gegen uns. Wir leben in einem kapitalistischen Staat und sind nicht Phantasten genug, die Augen vor unumgänglichen Wirkungsmöglichkeiten zu verschließen. So ist es ganz in der Ordnung, daß auch die Arbeiterpresse, die sozialdemokratischen Zeitungen, Zeitschriften und Druckereibetriebe, die in der „Konzentration“ zusammengeschlossen sind, auf der Reklameschau vertreten sind. Der künstlerische Leiter der Ausstellung und verdienstvolle Herausgeber der „Gebrauchsgraphik“, Professor K. H. Frenzel, hat den schönen Ausstellungsstand der „Konzentration“ und der ihr eingefügten „Inferaten-Union“ (Werbezentrale der sozialdemokratischen Tagespresse), mit einer symbolischen Plastik, der überlebensgroßen Figur eines Arbeiters, zwischen dessen Beinen ein feister Bürger steht, repräsentiert. Erst kürzlich ist wieder von dem schwerindustriellen Blatt „Rhein und Ruhr“ in verhaltener Keuschlichkeit auf die ungeheuer

anwachsende Macht der Arbeiterpresse hingewiesen worden. Den Herren wird es von Tag zu Tag ungemütlicher in ihren Büros. Und 197 Tageszeitungen mit 1,2 Millionen Beziehern, also durchschnittlich etwa 45 Millionen Lesern, das ist wirklich eine Macht, die die Unternehmer, die doch ihre Waren verkaufen wollen, nicht ungenützt lassen sollten.

140 Rotationsmaschinen, 376 Schnellpressen, 292 Tiegeldruckpressen und 472 Setzmaschinen sind in den sozialdemokratischen Druckereien in Betrieb. Somit ist auch die „Konzentration“ ein bedeutsamer Machtfaktor im deutschen Wirtschaftsleben.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung und mit ihr die zur publizistischen Vertretung als Ausdrucksmittel der Aufklärung, der Erörterung, der Erziehung, der Agitation und der richtunggebenden Politik der Verbände geschaffene Gewerkschafts- und Arbeiterpresse ist nun keine Firma, die den Vertrieb von Sockenhaltern sich zur Aufgabe gemacht hat. Aber das Prinzip der Massenbeeinflussung ist auch bei ihr vorhanden. Was dort Reklame heißt, heißt bei

uns angespannteste Agitation. Wohl kommt es bei uns in einem stärkeren Maße auf Erziehung an; die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird aber, wenn sie ihren Aktions- und Wirkungsradius vergrößern will, die Aufnahme zeitgemäßer Propagandamethoden nicht umgehen können. Film, Photo, Radio, das geschickt und lebendig aufgemachte Werbeplakat und Flugblatt sollten in einer eindeutigen, klaren und wirkungsvollen Weise zu den noch indifferenten Massen der Arbeitenden sprechen und sie der gewerkschaftlichen Organisation als der einzigen Interessenvertretung der Arbeitnehmer, die gleichzeitig eine Ideen- und Arbeitsgemeinschaft ist, zuführen. Die Methoden der Agitation sind heute andere als von dreißig Jahren; auch die Menschen von heute sind andere. Diese Tatsachen in den Plan unserer Werbung einzukalkulieren, lehrt uns trotz grundsätzlicher Kritik, die Ausdruck unserer gemeinwirtschaftlichen Gesinnung ist, die wiederum ganz anders geartete Wirkungsmöglichkeiten bevorzugt, auch die gezeigte Reklameanschauung.

Walter G. Oschilewski.

## Erwerbslosenschutz in der Vorkriegszeit

Die augenblicklichen Kämpfe der Gewerkschaften um die Erhaltung und um den Ausbau der Arbeitslosenversicherung lassen die Erinnerung wach werden an die sozialen Verhältnisse der Vorkriegszeit, die die Reaktionäre herbeisehnen. Damals kannte man in Deutschland noch keine staatliche Arbeitslosenhilfe. Alle Aufwendungen, die für die Erwerbslosen als Opfer des kapitalistischen Wirtschaftssystems gemacht wurden, kamen von den freien Gewerkschaften. Zögernd führten einige Kommunen eine Art Fürsorge für ihre erwerbslosen Einwohner ein. Eine staatliche Arbeitsfürsorge gab es in Deutschland in keinem einzigen Staat. Lediglich Bayern hatte 1914 ganze 75 000 Mk. als Zuschüsse für solche Gemeinden eingeklebt, die an bereits bestehende gewerkschaftliche Kassen Beihilfen zahlten. Eine staatliche Fürsorge für Arbeitslose gab es in der Vorkriegszeit, wenn auch nur in bescheidenstem Umfang, in Dänemark, Norwegen und Frankreich.

Der Stuttgarter Gewerkschaftskongress im Jahre 1902 nahm eine Resolution an, in der vom Reich die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung gefordert wurde. Die Resolution verlangte, daß der Staat die Gewerkschaften als Träger der Arbeitslosenversicherung anerkenne und ihnen als Ersatz für die aufgewendeten gewerkschaftlichen Mittel zur Unterstützung erwerbsloser Mitglieder ständige Beihilfen gewähre. Der alte Staat hat dieser Forderung nicht entsprochen. Die freien Gewerkschaften waren auf sich selbst angewiesen. Welche außerordentlich hohen Leistungen sie in der Vorkriegszeit für die Überwindung der durch Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Not zustande gebracht haben, geht aus einer Aufstellung der ehemaligen Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hervor. Danach brachten die Gewerkschaften von 1903 bis einschließlich 1912 für ihre erwerbslosen Mitglieder rund 58 Millionen Mark Unterstützung auf. Die freien Gewerkschaften, die im Jahre 1903 794 827 Mitglieder zählten, waren 1912 bis auf 2 530 390 Mitglieder gestiegen. Eine amtliche Denkschrift des Arbeitsstatistischen Amtes konnte nicht umhin, anzuerkennen, daß sich die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung bewährt habe. Zu der Folgerung hieraus, daß es Pflicht des Staates sei, die im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt gemachten gewerkschaftlichen Aufwendungen zu einem Teil abzugelten, durfte eine damalige Regierungsstelle selbstverständlich nicht kommen, wenn sie nicht in den Verdacht der Arbeiterfreundlichkeit und etwa der Zuneigung zu den roten Gewerkschaften geraten wollte.

Welche vorbildliche Arbeit auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge die freien Gewerkschaften geleistet haben, beweisen deren Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung bzw. Reiseunterstützung in den letzten Vorkriegsjahren. Die höchsten Aufwendungen im Verhältnis zu seiner Mitgliederstärke machte der Verband der Buchdrucker, der seit Jahrzehnten das Unterstützungssystem für seine erwerbslosen Mitglieder ausgebaut hatte. Im Jahre 1903 brachten rund 37 000 Buchdrucker etwa 785 000 Mk. Arbeitslosenunterstützung auf. Im Jahre 1912 waren es bei 66 675 Mitgliedern sogar 1 379 000 Mk. Relativ hoch waren dieselben Aufwendungen beim Verband der Bildhauer, der Kupferschmiede, der Lithographen, der Notenfescher, der Zigarrensortierer, der Glaser und Buchbinder. Von den ziffernmäßig starken Gewerkschaftsverbänden seien die Summen für Arbeitslosenunterstützung von den Metallarbeitern mit 2,1 Millionen Mark, von den Holzarbeitern mit 1,6 Millionen Mark, von den Fabrikarbeitern mit 430 000 Mark, von den Zimmerern mit 700 000 Mk. und von den Gemeindegeldarbeitern, deren Organisation 1912 50 000 Mitglieder betrug, mit 34 000 Mk.

erwähnt. Die Verbände zahlten je nach Organisationsalter bis zu 90 und 120 Tage (Buchdrucker sogar bis 280 Tage) von 50 Pf. bis zu 3 Mk. pro Tag. Diesen Höchstfuß leisteten allerdings nur die Xylographen. Der Höchstdurchschnittsfuß betrug 1,50 Mk.

Nach der damaligen staatlichen Regelung in Dänemark erhielten die Gewerkschaften ein Drittel ihrer Aufwendungen für Erwerbslosenzwecke vom Reich und ein Sechstel von den Kommunen zurück. In Norwegen wurde vom Staat ein Drittel und in Frankreich ein Sechstel zurückerstattet.

Die Generalkommission erweiterte ihre Statistik nach den Ausgaben der einzelnen Organisationen für gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung in den einzelnen Bundesstaaten und in den wichtigsten Industriestädten. In den Großstädten gingen die Summen durchschnittlich in die Hunderttausende. Beispielsweise brachten die Gewerkschaften in Hamburg-Altona im Jahre 1909 547 000 Mk. Unterstützungen für erwerbslose Gewerkschaftler auf. In Groß-Berlin waren es im selben Jahre rund 2 Millionen, in Leipzig 420 000, in Chemnitz 105 000, in Bremen 109 000, in Dresden 366 000, in Nürnberg 251 000, in München 270 000, in Frankfurt 142 000, in Hannover 243 000, in Breslau 164 000 usw.

Neben diesen gewaltigen Aufwendungen der Gewerkschaften nahm sich die kommunale Hilfe für die Erwerbslosen recht bescheiden aus. Bis zum Kriege gab es nur wenige deutsche Gemeinden, etwa 12 im ganzen, die laufend Mittel zur Unterstützung arbeitsloser Einwohner in ihren Etat eingestellt hatten. Vorwiegend waren es süddeutsche Kommunen, die das sogenannte Genter System der Arbeitslosenunterstützung und der Arbeitslosenversicherung zur Grundlage genommen hatten. In der belgischen Stadt Gent hatten die städtischen Körperschaften schon 1898 beschlossen, zu den von den Gewerkschaften gezahlten Erwerbslosenzuschüssen besondere Zuschüsse zu gewähren. Die Zuschüsse wurden nicht als Rückvergütung bewilligt. Die Genter Gewerkschaftsverbände zahlten ihre Arbeitslosenzuschüsse plus dem städtischen Zuschuß und erhielten letzteren zurückerstattet. Wenn auch die Ausgaben der Gewerkschaften durch dies System nicht vermindert wurden, so schloß es doch die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationen als Träger der Arbeitslosenfürsorge in sich. Den nicht-organisierten Arbeitern wurde eine Sparversicherung eingerichtet. Diese kommunale Regelung hatte allerdings den Nachteil, daß sie nur die in der Stadt sesshaften Arbeiter erfaßte. Erst später wurde das Genter System durch Vereinbarung der Stadt Gent mit benachbarten Gemeinden etwas verbessert.

Nach dem Vorbild dieses kommunalen Arbeitslosenschutzes, der naturgemäß weit hinter der gewerkschaftlichen Regelung und Leistung zurückbleiben mußte, hat dann als erste deutsche Stadt Straßburg im Elsaß im Jahre 1907 Zuschüsse für die Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften bewilligt. Es wurden zunächst 5000 Mk. in den Gemeindefat eingestellt. Von den Groß-Berliner Gemeinden führte als erste die damalige Stadt Schöneberg im Dezember 1910 die städtische Arbeitslosenfürsorge ein. Hier waren 15 000 Mk. im Kommunalfat vorgesehen. Die gegen Arbeitslosigkeit versicherten Gewerkschaftsmitglieder erhielten von der Stadt Schöneberg einen Zuschuß in Höhe des halben Erwerbslosenzuschusses. Nichtorganisierte wurden auf Grund einer von dem städtischen Arbeitsnachweis geführten Sparerliste unterstützt. Der Höchstbetrag der kommunalen Unterstützung ging nicht über eine Mark pro Tag hinaus. In der damaligen Stadtvertretung Berlin waren die von der Sozialdemokratie vorgebrachten Gewerkschaftsforderungen auf Errichtung eines kommunalen Arbeitslosenfonds abgelehnt.

worden. Mehr den Charakter von Wohlfahrtsinstituten hatte eine in der Stadt Köln gebildete Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter und eine ähnliche Kasse in Leipzig. Die Stadt München zahlte einmalig im Jahre 1909 an Erwerbslose ohne Unterschied der Organisierten und Nichtorganisierten rund 70 000 Mark aus. Als Unterstützungssatz waren 3 Mk. für Verheiratete und 2 Mk. für Ledige festgesetzt. Die Münchener Stadtverwaltung konnte bei der Kontrolle der Arbeitslosen die Hilfe der Gewerkschaften nicht entbehren. Die Unterstützungssätze der freien Gewerkschaften waren um ein Vielfaches höher.

Gemessen an den heutigen Leistungen zur Linderung der Erwerbslosigkeit waren die für den gleichen Zweck vor dem Kriege gemachten Aufwendungen der Behörden mehr als bescheiden. Nur die gewerkschaftliche Selbstfürsorge ragt in der Vorkriegszeit hervor. Auf dem Wege zur Zentralisierung und zur reichsgesetzlichen Regelung der Erwerbslosenunterstützung haben die freien Gewerkschaften jahrzehntelang einen zähen Kampf mit Erfolg geführt. Heute sind viele ihrer Forderungen im neuen Staat verwirklicht. Die organisierte Arbeiterchaft hat das Vertrauen zu ihrer beruflichen Vertretung, daß sie mit derselben Fähigkeit keinen Schritt vor dem Ansturm der vereinten Sozialreaktion auf den heutigen Arbeitslosenschutz zurückweicht. **Wolfgang Bartels.**

## Militärdiktatur und Gewerkschaft

Die Adelskaste fühlt sich in der deutschen Republik recht unbehaglich. Bekannt sind ja ihre Bestrebungen, ein Volksbegehren zur Aenderung der Verfassung herbeizuführen. Wenig bekannt ist, daß man in jenen Kreisen darüber hinaus aber noch nicht den Gedanken aufgegeben hat, eine gewaltsame Aenderung der Verfassung durch eine Militärdiktatur herbeizuführen. Diese Diktatur soll von einem Reichswehrgeneral ausgeübt werden. Dies geht aus einem Schreiben hervor, das ein verkränkter Pflanzgutbesitzer, Wilhelm v. Gaza aus dem Bezirk Magdeburg, am 26. April 1929 an den aktiven (!) Reichswehrgeneral **F r e i h e r r n v. H a m m e r s t e i n - E q u o r d** in Berlin gerichtet hat. Dieses Schreiben ist bald nach der Verhaftung der Bombenattentäter bekannt geworden. Gaza macht hier in einem spaltenlangen Schreiben den ihm befreundeten „lieben Herrn von Hammerstein“ seinem geplagten Herzen Luft und schildert, was unter der von ihm angeregten Militärdiktatur zu tun sei. In der Außenpolitik müßte der Diktator „natürlich zurückhaltend“ sein, dagegen müßte gegen die Arbeiterklasse forsch vorgegangen werden:

„Schritt für Schritt werden die wahnsinnigen Arbeitsgesetze abzubauen sein. Arbeitszeit, Tarife, Krankenkassen, Invaliden- und Altersversicherungen und Erwerbslosenfürsorge sollen der christlichen Nächstenliebe gerecht werden, aber sie sollen nicht ein ganzes Volk in Grund und Boden ruinieren.“

Die gewerkschaftlichen Verbände der Arbeiter sollen selbstverständlich „mit Stumpf und Stiel ausgerottet“ werden. Doch soll es naturgemäß nicht nur bei den Gewerkschaften bleiben, auch das ganze Parteiwesen sei ein Unglück und also auch eine politische Organisation der Arbeiterchaft überflüssig. Wahlen bezeichnet er als etwas „Fürchterliches“. Die wirtschaftliche Gesundung würde nach seiner Ansicht „von selbst“ kommen, sowie nur „wieder richtig gearbeitet wird, also gut, reichlich und daher billig.“

Diese Rezepte sind ja keineswegs neu. Es ist nicht das erste mal, daß auf Militärdiktatur gerichtete Pläne bekannt geworden sind. Sämtliche stimmen darin überein, daß das Ziel der Militärdiktatur sein muß und nur sein könnte, die sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften der Arbeiterchaft zu beseitigen, die Arbeiterchaft völliger Willkür des Kapitals auszuliefern.

Sehr interessant ist der Schluß des Schreibens, in dem von Gaza die Ansicht äußert, daß Generalmajor von Hammerstein schon sicher wissen werde, wer die Persönlichkeit aus der Reichswehr sein könnte, die die „Sache macht“. Das läßt tief blicken. Bekanntlich besteht eine Verfügung des Reichswehrministers, nach der Arbeiter und Angestellte, die eine verfassungsfeindliche Gesinnung haben, in Reichswehrbetrieben nicht beschäftigt werden dürfen. Schon die Tatsache, daß der Generalmajor dieses Schreiben nicht den amtlichen Stellen zur Kenntnis gebracht hat, müßte genügen, um ihn zunächst einmal sofort aus dem aktiven Reichswehrdienst zu entfernen. Es wäre unhaltbar, aktive Offiziere mit einem anderen Maß zu messen als Arbeitnehmer, die nur bei Reichswehrbetrieben eine untergeordnete Tätigkeit ausüben.

Unsere Kollegenschaft sieht aber wieder, welche Gefahren für die Arbeitnehmer bestehen, falls es zu einer Staatsumwälzung und zur Errichtung einer Militärdiktatur käme. **R. W.**

## Bildungsarbeit

### Der Arbeiterstudent

Solange es für die kapitalistische Produktion nicht nötig war, geschulte Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben, hat sich niemand bemüht, dem Arbeiter irgendeine Ausbildung zuteil werden zu lassen. Erst als es die neue wirtschaftliche Entwicklung und vor allem die Entwicklung der Technik im achtzehnten Jahrhundert erforderlich machte, unterrichtete man den Arbeiter in den nötigsten Dingen. Man errichtete Volksschulen, die mit Prügel und ähnlichen „Scherzen“ den Arbeiterkindern Lesen und Schreiben beibringen sollten. Mit der wirtschaftlichen Umwälzung vollzog sich nun auch eine geistige. Man konnte mit der Zeit die Massen nicht mehr im Dunkeln halten, man gab ihnen geistige Nahrung, aber natürlich nur, weil man immer mehr geschulte Kräfte zur Produktion brauchte.

Heute sieht aber die Sache schon ganz anders aus. Heute streben die Massen selbst zum Wissen, heute sind sie nicht mehr mit dem zufrieden, was man ihnen gutwillig gibt, heute wollen sie die Spitzen des Geistes erobern. Aber heute sträuben sich auch die herrschenden Schichten gegen jedes weitere Hinaustragen von Bildung in die Massen. Unser Schulsystem ist starr gestuft: Volksschule, Mittelschule, höhere Schule. Die Volksschule für die Mittellosen, die Mittelschule für den sogenannten Mittelstand, die höheren Schulen für die besseren Menschen, das heißt in unserer Zeit: Menschen mit höherem Einkommen. Ein Ueberspringen von einer Schule in die andere ist ungeheuer schwer. Undenkbar erscheint es, daß ein Proletarierkind die hohe Schule besucht. Auf diese Weise hält die Bourgeoisie das Bildungsprivileg aufrecht und verhindert, daß Arbeiter an die vollkommensten Bildungsmöglichkeiten herankommen.

Die Reichsverfassung versucht die erste Bresche zu schlagen. Nach Artikel 146 soll Anlage und Neigung des Kindes und nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung der Eltern maßgebend für seinen Bildungsgang sein. Reich und Länder sollen Erziehungsbeihilfen bereitstellen, um den minder- oder gar nicht hemittelten Kindern den Zugang zu den höheren Schulen zu erleichtern und zu ermöglichen. Aber wie weit sind wir noch von diesem Ziel entfernt. Wir müssen sagen, daß das erst ein kleiner Anfang ist, der uns in keiner Weise befriedigt. Die Kinder der Besitzenden können sich spielend durch die Schule in die akademischen Berufe hineinschieben, während das Proletarierkind, wenn es auch schon solche Beihilfen erhält, mit Mühe und Not die Schule absolvieren kann.

Der Befreiungskampf der Arbeiterchaft gegen die sinnlosen Vorrechte des Besitzes ist letzten Endes ein Kampf mit geistigen Waffen. Die Brechung des Bildungsmonopols ist die Voraussetzung für die Brechung des Bildungsprivilegs. Und so haben die organisierten Arbeiter ganz bestimmte Forderungen aufgestellt: gefordert wird die allgemeine Grundschule als Voraussetzung in einer übergeordneten Berufsschule. An die Berufsschule würde sich dann die Hochschule angliedern. Alle Lehrmittel werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt, der Unterricht ist frei. In Gemeinden mit sozialdemokratischer Mehrheit hat man in dieser Hinsicht schon manches erreicht. In Neukölln und Hamburg werden jährlich etwa 50 Arbeiterstudenten fertig, die dann, unterstützt durch die gesamte Arbeiterchaft, ihr Hochschulstudium beginnen.

Die Hoffnung der bürgerlichen Kreise ist nun aber, von den geistigen Arbeitern aus dem Proletariat möglichst viele in ihre Klasse hinüberzuziehen. Sie müssen darauf hoffen, weil sie unverbrauchte Kräfte zur Auffrischung ihrer müden Glieder brauchen. Leider kommt es vor, daß Arbeiterkinder zum Verdäcker ihrer Klasse werden, aber das sind ohne Zweifel Einzelfälle. Im allgemeinen muß man sagen, daß die Arbeiterstudenten ihren Mann im Befreiungskampf des Proletariats stehen. Ich glaube, wir können große Hoffnungen auf diese neue Generation hegen. **W. P.**

## Aus unserer Bewegung

**Betriebsrätekonferenz im Wirtschaftsbezirk Rhein-Main.** Am 7. und 8. September fand in Marburg a. d. Saale eine Betriebsrätekonferenz für den nördlichen Teil des Wirtschaftsbezirkes statt. Kollege Weck behandelte den Aufbau des BRG. und das Einspruchsverfahren neben den wichtigsten Bestimmungen aus dem BRG. und der Gewerbeordnung. Anschließend daran wurde folgende Resolution angenommen, die die Betriebsrätekonferenz in Wiesbaden am 1. September bereits annahm:

„Die am Sonnabend, dem 31. August und Sonntag, dem 1. September dieses Jahres in Wiesbaden stattfindende Betriebsrätekonferenz des Wirtschaftsbezirkes Frankfurt a. M. stellt an die Bezirksleitung des Erzgebirges, bei der Regierung des Volksstaates Hessen dahin zu wirken, daß bei der bevorstehenden Revision der Hessischen Städteordnung der Artikel 131 eine Fassung erhält, nach der die Arbeitnehmer bei den Werksdeputationen eine dem § 70 des Betriebsrätegesetzes entsprechende Vertretung mit Sitz und Stimme erhalten.“

**Wirtschaftsbezirk Oberschlesien.** Vom 9. bis 15. September 1929 fanden in den Filialen Patschkau, Neustadt, Beuthen, Gleiwitz, Hindenburg und Namslau zum Teil sehr gut besuchte Versammlungen statt, in denen Kollege Will-Breslau über „Die Aufgaben des außerordentlichen Verbandstages in Berlin, die Tätigkeit unseres Verbandes und über die Wichtigkeit der Kommunalwahlen“ referierte. Bei den Aussprachen kam in allen Versammlungen zum Ausdruck, wie schwer es unseren Kollegen fällt, in Oberschlesien für unseren Verband zu werben. In diesem Zusammenhang wurde begrüßt, daß nunmehr in Gleiwitz eine Zweigstelle unserer Organisation errichtet wurde und so die Möglichkeit einer aktiveren Bearbeitung dieses Bezirks vorhanden ist. In bezug auf die Kommunalwahlen wurde besonders von dem Vertreter des Kreisausschusses in Namslau hervorgehoben, daß alle Arbeiter am 17. November auf dem Damm sein müssen, um den bürgerlichen Parteien Sitz abzurufen, da gerade für die Gemeindeglieder die Zusammenfassung der kommunalen Paragrafen so außerordentlich wichtig ist.

## Internationale Rundschau

**Oesterreich.** Da der politische Anschlußgedanke der deutschen Oesterreicher hüben wie drüben die unzweifelbare Realität der Erfüllung in sich trägt, soviel auch auf seinem Wege Hemmungen liegen mögen, so ist alles, was „da drüben“ vorgeht, auch bei uns hüben von besonderem Interesse. So interessant uns auch die konsumgenossenschaftliche Bewegung Oesterreichs, die das Wirtschaftsleben eines deutschen Volksteils widerspiegelt, es gehört mit zu den Gedrücktesten, was sich als Folgewirkung des Weltkrieges unseren Blicken darbietet. Und wenn die österreichische Konsumvereinsbewegung heute nicht mehr wie während der Zeit vor dem Kriege mit beachtenswerten Zahlen und Tatsachen sich an die Seite anderer großer nationaler genossenschaftlicher Wirtschaftsbewegungen stellen kann, so ist ja nicht nur die Zerschlagung des politischen Gebildes Oesterreich-Ungarns daran schuld, sondern auch die Tatsache, daß in dem nun als rein deutschen Staatgebilde vorhandenen Oesterreich die Industrialisierung nur kleine Fortschritte machen kann. Die in kleinen Gemeinden zerstreuten Alpenbewohner bieten eine schwache Entwicklungsgrundlage für mittlere oder gar große konsumgenossenschaftliche Verbraucherorganisationen. Im Anschluß an Deutschland wird auch hierin eine Aenderung zugunsten der deutsch-österreichischen Wirtschaft eintreten. — Der Verband österreichischer Konsumvereine zählte im Jahre 1928 nur noch 108 Einzelgenossenschaften mit 255 614 Mitgliederfamilien, da die Entwicklung zur Konzentration im besonderen im einsehen konnte, wo die schwierigen Wirtschaftsverhältnisse die Existenz kleiner Gebilde am schwersten bedroht. Bei einer Gesamtbevölkerungszahl von rund sieben Millionen Menschen beträgt der Anteil der Konsumvereinsfamilien etwa 14,5 Proz., was unter den erwähnten Umständen durchaus beachtenswert ist. Der Gesamtumsatz betrug 148 867 715 Schilling oder rund 89,3 Millionen Mark (1 Schilling zu 60 Pf.), im Durchschnitt der Mitgliederfamilie 582 Schilling oder 349,20 Mk. Der Durchschnittsumsatz bleibt demnach gegenüber dem deutschen mit rund 389 Mk. nicht sehr weit zurück und er dürfte auf verhältnismäßig gleicher Höhe stehen, wenn man berücksichtigt, daß die Entwicklung der Eigenproduktion der großen deutschen Konsumvereine ihren Mitgliedern doch ganz andere Versorgungsmöglichkeiten bietet, als es in den österreichischen Konsumvereinen möglich ist. Der Ueberschuß im Jahre 1928 betrug rund 2 Millionen Schilling oder 1,2 Millionen Mark. Das ist also sehr gering und man wird mit der Erklärung nicht fehl gehen, daß die österreichischen Konsumgenossenschaften noch länger und schwerer um ihre durch die Inflation und den wirtschaftlichen Zusammenbruch bedrohte Existenz zu kämpfen hatten als die deutschen. Denn erst jetzt können sie wieder zur Ausschüttung einer Rückvergütung übergehen. Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt auch die Entwicklung des Umsatzes eine besondere Bedeutung. Denn es kann nach allen gemachten Erfahrungen keinem Zweifel unterliegen, daß ein finanziell sichtbarer Wirtschaftsnutzen den stärksten Anreiz zur Steigerung des Warenumsatzes und der genossenschaftlichen Organisation überhaupt bildet. Die materialistische Gesichtsauffassung hätte ja sonst ihren Sinn ver-

loren. Wie schwer die österreichische Bewegung arbeitet, geht auch daraus hervor, daß die Geschäftsanzeile der Mitglieder erst wieder 2,21 Millionen Schilling oder 1,52 Millionen Mark betragen, d. h. pro Mitglied 5,17 Mk., während in Deutschland der vierfache Satz erreicht ist. Den Ausgleich für die notwendigen Betriebsmittel zur weiteren geschäftlichen Entwicklung bilden die 19 Millionen Schilling oder 11,42 Millionen Mark Sparanlagen, die auch in Oesterreich einen starken Vertrauensposten bedeuten. Dem Betriebskapital sind auch noch 8 Millionen Schilling oder 4,8 Millionen Mark Reserven zuzurechnen, Beträge, die allerdings in jedem einzelnen deutschen Revisionsverband vorhanden oder weit überschritten sind. Einen dunklen Punkt bedeuten die Ausstände der Mitglieder mit rund 4 Millionen Schilling oder 2,4 Millionen Mark, aber sie bilden einen Gradmesser für die Notlage der österreichischen Bevölkerung und ihrer Wirtschaft, hervorgerufen nicht zuletzt durch ein Siegediktat, das einen blutigen Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker bildet. Im übrigen: die konsumgenossenschaftliche Bewegung Oesterreichs ist von einer starken geistigen Aktivität beherrscht und auch sie bietet die Grundlagen zur Erziehung von Wirtschaftsführern für eine demokratische Wirtschaftsform, die den Kern einer neuen Wirtschaftskultur bilden wird. Insbesondere in einem zukünftigen Verband mit der deutschen Konsumvereinsbewegung.

**Die freien Gewerkschaften Oesterreichs gegen gelbe Gewerkschaften und Heimwehr.** Eine Vorstandskonferenz der Gewerkschaften befaßte sich am 17. September mit der Bildung und den Umtrieben der „unabhängigen“ Gewerkschaftsorganisationen und der Heimwehr. Kollege Schorsch führte dazu folgendes aus: „Im Verlauf der ganzen Heimwehrebewegung beobachten wir nun die Erscheinung, daß die Unternehmer selbst den Versuch unternehmen, die eigentlichen Grundfesten der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften dadurch zu treffen, daß sie sogenannte „unabhängige“ Gewerkschaftsorganisationen nicht nur propagieren, sondern daß die Unternehmerverbände, und von diesen die Unternehmer, angewiesen werden, bei Bedarf von Arbeitskräften darauf Rücksicht zu nehmen, daß Angehörige der „unabhängigen“ eingestellt werden. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß Betriebszellen von der Heimwehr gegründet werden, die den Versuch unternehmen, durch Verdächtigungen der Organisation, oder Führer, evtl. durch Inszenierung von Streiks, die verloren gehen, die Organisation zu schwächen. Diese unabhängige Organisation, die von der Alpinen Montangesellschaft gegründet worden ist, hat in fast allen Ländern den Versuch unternommen, Vertrauensleute auszusenden. Sie scheuen Geldmittel nicht, sie scheuen sich auch nicht, Personen zu verwenden, die arg belastet sind. Wir kennen aus der Vergangenheit die Gelben. Die „unabhängigen Gewerkschaften“ sind nun nichts anderes, als der Versuch einer solchen gelben, von den Unternehmern aufgezuchteten Organisation. Aber während sich vor dem Kriege die Werkvereine nur auf einzelne Betriebe ausgedehnt haben, hat man jetzt eine Zentralorganisation errichtet. Wir wissen, daß die „unabhängigen“ vor allem die christlichsozialen Gewerkschaften zu zerstören suchen, weil sie einen Zustand erreichen wollen, bei dem es außer den freien Organisationen nur Gelbe gibt. Wenn also die „unabhängigen“ zunächst hauptsächlich nur den Christlichsozialen schaden, so müssen wir rechtzeitig die Gefahr erkennen, die von dieser neuen Form der Gelben droht. Wir müssen insbesondere die jungen Kollegen in den Betrieben auf diese Gefahr aufmerksam machen.“

Schorch besprach dann noch verschiedene organisatorische Fragen, so das Verhalten zu den Werkzeugungen, die die Unternehmer jetzt herauszugeben beginnen, ferner die Unterstützung für jene Genossen, die gemäßigert worden sind, weil sie sich geweigert haben, der Heimwehr beizutreten.

Im Anschluß an die Ausführungen Schorsch's erklärte Hueber: „Wir alten Gewerkschafter sind durchaus nicht überrascht von der heutigen Bewegung. Es vollzieht sich eben eine Reaktierung der Kräfte gegen uns. Die Bewegung trägt jetzt andere Namen, aber es ist doch im wesentlichen daselbe wie früher. Deswegen braucht uns aber nicht bange zu werden, wir brauchen nur eines: unsere ganzen Mittel moralischer und finanzieller Art in den Dienst dieses großen historischen Abwehrkampfes zu stellen — und wir bleiben oben! Das sind schwere Epochen, aber doch nur Epochen, wenn wir wissen, was wir in dieser Stunde zu erfüllen haben. So wie sich die Herren das vorstellen, wird es nicht geben. Wir müssen nur bereit sein, wir haben schon Mittel. Wir brauchen nur in einer Stunde zu erklären: Wir bleiben zu Hause! — und die Atembeschwerden treten sofort ein. Wenn es soweit kommt, dann sehen Sie sich nur dieses Wien an. Die Arbeiter werden wissen, was sie zu machen haben. 800 000 gewerkschaftlich Organisierte lassen sich nicht zur Strecke bringen. Sie haben uns nicht niedrigerungen zu einer Zeit, wo wir schwächer waren, um so weniger heute! Das müssen auch die Industriellen und die Politiker wissen, daß eine solche Sache zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führen kann. Ich habe nicht die geringste Beforgnis; wir müssen nur darauf achten, daß die Gewerkschaften den Apparat so gut wie möglich als Zentral-

organisation in der Hand halten. Es geht um alles: um den Achtstundentag, um die Arbeiterschutzgesetze, um die Sozialversicherung. Unser ganzer Lebensinhalt ist in Frage gestellt. Da müssen Männer da sein, die wissen, was sie zu machen haben! Die Herren werden es sich schon überlegen müssen, bevor sie uns ernstlich angreifen!"

Ein vierzehntes Monatsgehalt für die städtischen Anestellten und Beamten in Wien. Die Verhandlungen, die der städtische Personalreferent, Stadtrat Speiser und Magistratsdirektor Dr. Hartl, seit längerer Zeit mit dem „Verband der städtischen Angestellten“ geführt haben, fanden gestern ihren Abschluß. Die Vertreter des Verbandes verlangten neuerlich in erster Linie eine ausgiebige allgemeine Erhöhung der Bezüge. Die Gemeindeverwaltung verwies demgegenüber darauf, daß eine bedeutendere allgemeine Bezugsregulierung nur bei Zurückstellung der Gruppenwünsche möglich sei. Die Verhandlungen wurden auf dieser Grundlage weitergeführt. Sie hatten schließlich das Ergebnis, daß die Gemeinde sich bereit erklärte, den Angestellten zu den bisherigen dreizehn Monatsbezügen ein vierzehntes Monatsgehalt zuzubilligen, und zwar derart, daß die derzeit am 1. Juni und am 1. Dezember zur Auszahlung gelangenden halben Monatsbezüge auf ganze Monatsbezüge erhöht werden. Dabei wurde von den Vertretern der Gemeindeverwaltung festgestellt, daß mit dieser bedeutenden Bezugsregulierung die Erhöhung der Lebenshaltungskosten und die durch das neue Mietengesetz sich ergebenden Mehrbelastungen ausgeglichen seien und daß die erhöhten Bezüge, abgesehen von außerordentlichen Preissteigerungen, für einen längeren Zeitraum unverändert bleiben müssen. Die Gemeindeverwaltung rechne ferner darauf, daß im Sinne der bereits erfolgten Zusage das gesamte Personal die Reform in Ämtern, Schulen und Höchheitsbetrieben im Verein mit den Dienststellen energisch fortsetzen werde. Der Forderung des Verbandes, daß die Bezüge der am niedrigsten besoldeten Bediensteten eine kleine Aufbesserung erfahren, wurde nach Rechnung getragen. Das Verhandlungsergebnis bedeutet insbesondere, daß an die Beamten und Bediensteten der Höchheitsverwaltung und an die Lehrerschaft sowie an die Pensionäre dieser Gruppen bereits am 1. Dezember dieses Jahres ein zweiter voller Monatsbezug ausgezahlt wird.

### Rundschau

Die Entwicklung der Löhne. Eine stoßhafte Entwicklung der Lohnsteigerung findet nicht mehr statt. Es geht im ruhigen Tempo aufwärts. Nachstehend ist eine Zusammenstellung über den Stand der tariflich vereinbarten Löhne nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts gemacht. Für gelernte und ungelernete Arbeiter ist der gewogene Durchschnitt für alle Branchen ohne die Landwirtschaft errechnet. Die Tariflöhne nahmen von Anfang 1928 folgende Entwicklung, wobei wir den errechneten Realwochenlohn danebenstellen:

	Wochentlöhne in Reichsmark			
	Gelernte Arbeiter		Ungelernte Arbeiter	
	Nominallohn	Reallohn	Nominallohn	Reallohn
<b>1928</b>				
Januar	49,20	32,63	37,56	24,91
April	50,19	33,30	38,39	25,47
Juli	51,62	33,83	39,51	25,89
Oktober	52,10	34,25	40,17	26,41
<b>1929</b>				
Januar	52,34	34,19	40,50	26,45
Februar	52,40	33,94	40,55	26,26
März	52,41	33,49	40,65	25,97
April	52,62	34,26	40,74	26,52
Mai	53,65	34,95	41,52	27,05
Juni	53,76	35,05	41,62	27,13

Der Realwochenlohn wurde errechnet über den Lebenshaltungskostenindex des Statistischen Reichsamts. Aus vorstehender Tabelle geht nun hervor, daß der Nominallohn für gelernte Arbeiter je Woche vom Juli vorigen Jahres bis Juni dieses Jahres von 51,62 Mk. auf 53,76 Mk. oder um 2,14 Mk. gestiegen ist. Der Reallohn stieg von 33,83 auf 35,05 Mk. oder um 1,22 Mk. Dies ist immerhin ein Resultat der gewerkschaftlichen Tätigkeit, das unter dem Gesichtswinkel betrachtet werden muß, daß wir uns in einer niedergehenden Konjunktur befinden. Bezüglich des Reallohns ist allerdings zu bemerken, daß der vom Statistischen Reichsamt errechnete Index für Lebenshaltungskosten keinen richtigen Maßstab bietet, da er erstens auf die primitivsten Verhältnisse einer Arbeiterfamilie aufgebaut ist und zweitens nicht alle Ausgaben enthält, die ein Arbeiter zu leisten hat. Es fehlen bekanntlich neben anderem die Ausgaben für Steuern und soziale Abgaben. Das muß dabei berücksichtigt werden. Obige Tabelle zeigt, daß der Reallohn sinken kann, selbst wenn der Nominallohn steigt. Im Februar und März war dies der Fall, weil die Frostperiode eine außergewöhnliche Teuerung nach sich zog.

Steigerung der Fleischpreise. Jede Hausfrau wird festgestellt haben, daß die Fleischpreise im Kleinhandel nicht unwesentlich angezogen haben. Es ist eine alte Geschichte, daß auch die geringfügigste Steigerung der Preise im Großhandel eine übersteigerte Nachwirkung im Einzelhandel hervorruft. Die Großhandelspreise nahmen in den ersten acht Monaten dieses Jahres folgende Entwicklung:

	Fleischpreise in Mark je 50 kg				
	24. 1. 29.	20. 3. 29.	24. 5. 29.	25. 7. 29.	22. 8. 29.
Ochsenfleisch . . .	73—88	74—92	81—94	84—100	87—97
Kalb fleisch . . .	72—125	80—125	85—130	75—123	87—125
Hammelfleisch . . .	92—115	95—118	95—118	95—125	100—125
Schweinefleisch . . .	88—98	92—103	83—95	96—109	100—113
Gefrierfleisch (Rind, ohne Zoll)	46—60	47—56	50—60	50—64	50—64

Eine konsequente Preissteigerung ist namentlich beim Schweinefleisch festzustellen. Hammelfleisch nahm eine ähnliche Entwicklung. Die teuerste Sorte von Kalbfleisch hat auf hohem Stand beharrt. Ochsenfleisch ist in dem Verhältnis wie die ersten beiden Fleischsorten gestiegen. Das Gefrierfleisch ist um 8 bis 10 Proz. teurer als im Anfang des Jahres. Wenn aber die Hausfrau diese Steigerung bei den Großhandelspreisen mit denen im Kleinhandel vergleicht, dann wird sie feststellen, daß der Kleinhandel wesentlich höhere Aufschläge genommen hat. Je weiter sich die Ware vom ersten Umschlag entfernt, je stärker wirken sich die Aufschläge aus. Am besten vermögen sich die Kleinverbraucher dort vor Uebervorteilungen zu schützen, wo die Konsumentenvereine Fischerkäfen in Betrieb haben.

Was liest der Arbeiter? Eine sehr gute Möglichkeit, die Geistesströmungen der Masse zu beobachten, bieten die großen Bibliotheken. Der Ortsausschuß Bremen des ADGB, unterhält eine der schönsten und größten Gewerkschaftsbibliotheken Deutschlands. Die Aufzeichnungen des angestellten Bibliothekars geben genauen Aufschluß über das Lesebedürfnis der Bremer Arbeiterschaft:

	1926	1927	1928
Sammelwerke, Zeitschriften	2 825	1 953	1 705
Schöne Literatur (Romane, Novellen, Klassiker, Dramen)	65 023	58 470	50 205
Kunst und Kunstgeschichte	254	182	124
Geschichte (Memoiren, Biographien)	4 972	4 051	3 189
Nationalökonomie, Politik, Staatswissenschaft, Arbeiterbewegung, Sozialismus	2 730	2 019	1 800
Rechtswesen, Justiz, Gesetze	345	339	504
Philosophie, Religion		621	525
Erziehung, Unterricht, Lehrbücher, Technik	734	800	925
Naturwissenschaft	1 064	2 912	2 612
Geographie, Länder- und Völkerkunde, Reisen	5 108	4 628	4 250
Gesundheitslehre, Alkoholismus, Spiel, Sport	852	643	546
<b>Zusammen Bücher:</b>	<b>88 180</b>	<b>76 618</b>	<b>66 385</b>

Aus dieser Zusammenstellung geht klar hervor, daß über drei Viertel aller Bibliotheksbesucher nach schöner Literatur verlangen. Die Länder- und Völkerkunde steht an zweiter Stelle. Dann folgen Memoiren, Biographien usw. Naturwissenschaftliche Studien folgen an vierter Stelle und dann erst kommt das Gebiet Nationalökonomie, Politik, Staatswissenschaft, Arbeiterbewegung und Sozialismus. Die übergroße Mehrheit der Bibliotheksbesucher bevorzugt leichte Literatur. Der Bericht stellt aber fest, daß sich der Geschmack der Leser innerhalb dieses Gebietes in stetig aufsteigender Linie bewegt. Von Bedeutung ist ferner, daß die moderne Literatur weitaus im Vordergrund steht und die alten Werke ins Hintertreffen geraten. Wenn auch die meisten Leser sich an schwere geistige Kost nicht recht herantrauen, so ist es doch nicht uninteressant, daß in Bremen im Vorjahre 14 500 rein wissenschaftliche Werke ausgegeben wurden. Die Geistesströmungen, die im Lesebedürfnis zum Ausdruck kommen, müssen beachtet werden. Denn noch immer gilt das Sprichwort: Sage mir was du liest, ich sage dir was du bist. Die Gewerkschaftsbewegung muß sich darauf einstellen, daß die meisten Menschen den Problemen der Zeit geistig träge gegenüber stehen. Mit der Zeiten Wandel ändert sich auch das Lesebedürfnis. Die Jugend z. B. verlangt nach sportlicher Betätigung und nicht nach schwerer Geisteskost. Das gilt es zu beachten.